

# **Bürgerschaftliches Engagement: stabilisieren, stärken, steigern**

**Innovation und Investition in Infrastruktur  
und Infrastruktureinrichtungen**

---

**Sabrina Born**

**Studie für den  
Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“  
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

ISBN 3-89892-322-3

Herausgeber: Albrecht Koschützke

Copyright 2005 by Friedrich-Ebert-Stiftung, 53170 Bonn

Layout: PAPHYRUS – Schreib- und Büroservice, Bonn

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

Gesamtherstellung: Toennes Satz + Druck, Erkrath

Printed in Germany 2005

Der Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat wird gefördert von der Erich-Brost-Stiftung.

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	5
<b>Zusammenfassende Thesen</b> .....	7
<b>1. Chance und Herausforderung: Bürgerschaftliches Engagement</b> .....	10
1.1 Mehr Stärke für Bürger und Kommunen .....	10
1.2 Der ermöglichende Staat als Motor .....	12
1.3 Bürgerschaftliches Engagement in Zeiten knapper Kassen.....	14
<b>2. Spezialisiert und profiliert: Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements und Infrastruktureinrichtungen</b> .....	16
2.1 Im Überblick: Bedeutung und Vielfalt einer engagementförderlichen Infrastruktur .....	16
2.2 Im Mittelpunkt: Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen .....	17
2.3 Im Vergleich: Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros .....	18
2.3.1 Besondere Ressourcen, Arbeitsprofile und -bereiche.....	20
2.3.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten .....	26
2.4 Engagementförderung in den Ländern.....	28
2.4.1 Das Beispiel Baden-Württemberg .....	29
2.4.2 Das Beispiel Rheinland-Pfalz .....	31
2.5 Im Gespräch: Kooperation und Integration .....	34
<b>3. Kompetent und effizient: Nutzen und Leistung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen</b> .....	37
3.1 Für die Bürgerinnen und Bürger.....	38
3.2 Für die Kommunen und Länder .....	40
3.3 Aktuelle Aspekte .....	43
<b>4. Stabilisieren und stärken: Innovation und Investition in engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen</b> .....	45
4.1 Nicht zum Nulltarif: Fördersituation und -bedarf .....	45
4.2 Förderpolitische Konsequenzen und Empfehlungen.....	48
<b>Resümee und Ausblick</b> .....	52
<b>Literatur</b> .....	54



---

## Einleitung

Mitmachen, mitbestimmen, mitgestalten: Bürgerschaftliches Engagement hat in den vergangenen Jahren als Begriff, Arbeitsansatz und politische Programmatik an Fahrt gewonnen. Die Aufmerksamkeit und Aufwertung, die bürgerschaftliches Engagement in der öffentlichen Diskussion verstärkt erfährt, ist auch Ausdruck neuer Erwartungen an die Bürgerinnen und Bürger: Sie werden zu aktiven Mitgestaltern eines lebendigen und demokratischen Gemeinwesens.

In jüngster Zeit ist jedoch zu beobachten, dass diese Entwicklung ins Stocken gerät. Das Thema bürgerschaftliches Engagement und das Anliegen einer Bürgergesellschaft drohen angesichts gegenwärtiger politischer Debatten um Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Steuerreformen erneut auf die lange Bank geschoben zu werden. Im krassen Gegensatz zum öffentlichen Interesse der vergangenen Jahre steht zur Zeit die Zurückhaltung vieler Akteure des Gemeinwesens bei der Engagementförderung. Auch wenn einige Kommunen und Länder, Verbände und Unternehmen die Zeichen der Zeit erkannt haben, so hinkt die Förderung an vielen Orten hinterher oder wird gerade aufgrund der öffentlichen Finanzengpässe eingeschränkt. Die Folge: Verlässliche und kompetente Initiativen und Einrichtungen sind von Schließung bedroht oder mussten ihre Arbeit bereits einstellen.

Die Studie „Bürgerschaftliches Engagement stabilisieren, stärken, steigern – Für Innovation und Investition in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen“ richtet sich an Entscheidungsträger, die bürgerschaftliches Engagement initiieren, stabilisieren und weiter voranbringen wollen. Dieser vom Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Diskussionsbeitrag, der mit der Projektgruppe „Rahmenbedingungen“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement ausführlich diskutiert wurde, hat ein vorrangiges **Ziel: die Bedeutung und den Bedarf einer Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements darzustellen. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Nutzen und der Leistung von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen für Bürger und Staat.** Wir beschreiben exemplarisch die Aufgabenbereiche und -profile von speziellen Infrastruktureinrichtungen vor allem in Kommunen und geben Empfehlungen für eine aktive Engagementförderung. Denn: **Engagementfördernde Infrastruktureinrichtun-**

**gen bilden die Knotenpunkte in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufgrund ihrer guten Vernetzung und ihrer Angebote. Durch ihre Arbeit eröffnen sie neue Wege für freiwilliges Engagement und erzeugen eine Solidargemeinschaft, in der Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme und Teilhabe am Gemeinwesen ermöglicht wird.**

Es handelt sich bei dieser Studie weder um eine Begleitung noch Bewertung von Infrastruktureinrichtungen im streng wissenschaftlichen Sinne. Sie entwickelte sich vielmehr aus dem Interesse, die unterschiedlichen Standpunkte und Argumente der aktuellen Fachdebatte um die Unterstützung einer engagementförderlichen Infrastruktur zu bündeln und zu pointieren sowie förderpolitische Konsequenzen und Empfehlungen aufzuzeigen. Viele Anregungen und Erfahrungen, die hier eingeflossen sind, verdanken wir der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS), den Freiwilligenzentren des Deutschen Caritasverbandes sowie der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V.

Die Initiatoren dieser Studie möchten damit neue Impulse in der Debatte um die Unterstützung von Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geben und hoffen auf eine breite, kontroverse Diskussion, aus der neue Ideen und Perspektiven für die Zukunft der Engagementförderung entspringen.

---

# Zusammenfassende Thesen

## **1. Bürgerschaftliches Engagement stärkt Bürger, Kommunen und Länder**

Bürgerschaftliches Engagement vor Ort stärkt Bürgerinnen und Bürger. Durch ihr Engagement stärken diese das notwendige soziale Miteinander, fördern die solidarische Gemeinschaft und machen die Kommune, die Länder, den Sozialstaat stark. Eine leistungsstarke, zukunftsfähige und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Solidargemeinschaft braucht freiwillig engagierte, selbstbewusste, aber auch verantwortungsbewusste Menschen.

## **2. Bürgerschaftliches Engagement durch Staat ermöglichen**

Eine breit angelegte Politik der Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements bedarf eines veränderten politischen Leitbildes. Die Idee des „ermöglichenden Staates“ beinhaltet ein Leitkonzept, das den Staat und seine Institutionen in seinem Verhältnis zur Bürgergesellschaft neu beschreibt. Es geht um eine neue Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Sozialstaatliche und soziale Institutionen öffnen sich gegenüber Bürgerinnen und Bürgern und machen deren Beteiligung „auf gleicher Augenhöhe“ möglich.

## **3. Bürgerschaftliches Engagement als öffentliches Gut begreifen**

Bürgerschaftliches Engagement erfolgt immer mit einer am Gemeinsinn orientierten Zielrichtung und mit dem Anspruch auf Gestaltung der Gesellschaft und des Gemeinwens. Insofern ist bürgerschaftliches Engagement ein öffentliches Gut, für das der „ermöglichende Staat“ die Weichen stellt. Öffentliche Güter können in ganz unterschiedlichen Konstellationen zwischen Staat und bürgerschaftlichen Akteuren erzeugt werden, wobei dem „ermöglichenden Staat“ gerade für Infrastruktureinrichtungen eine gewährleistende Funktion zukommt.

#### **4. Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern**

Um die Bereitschaft für freiwilliges Engagement zu wecken und Bürgerengagement zu ermöglichen, müssen Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen, stabilisiert und ausgebaut werden. Der „ermöglichende Staat“ gestaltet die engagementförderlichen Rahmenbedingungen für Gruppen in der Gesellschaft. Dazu gehört eine engagementförderliche Infrastruktur und entsprechende Einrichtungen. Das gilt auch für solche Gruppen, die wegen fehlender Ressourcen wie Bildung oder Einkommen in geringem Maße engagiert sind („Empowerment“ und „Aktivierung“).

#### **5. Infrastrukturelle Voraussetzungen schaffen, stabilisieren, stärken**

Engagementförderung ist an infrastrukturelle Voraussetzungen geknüpft. Das beginnt bei der räumlichen Infrastruktur und reicht von der Erreichbarkeit der Handlungsorte bis hin zum Vorhalten von Angeboten für Engagierte. Dazu gehört ein gutes Management, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen, die Anerkennung des Engagements sowie das Schaffen von Leitbildern und Strukturen von Organisationen, Verbänden und Einrichtungen. Dementsprechend muss eine engagementförderliche Infrastruktur ermöglichende, unterstützende und begleitende Elemente beinhalten.

#### **6. Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen sind Katalysatoren**

Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen haben sich durch Kontakte, Information, Beratung u.a. zu wichtigen Motoren der Infrastrukturentwicklung und Türöffnern für Bürgerengagement entwickelt. Sie erbringen vielfältigen Nutzen und Leistungen vor allem für die kommunale Infrastruktur, indem sie bereichs- und trägerübergreifend Verbindungen und Begegnungen schaffen und den Erfahrungsaustausch fördern.

#### **7. Kultur des bürgerschaftlichen Engagements entwickeln**

Infrastruktureinrichtungen bereichern das Gemeinwesen mit ihrer Kompetenz und ihrem Esprit. Auf diese Weise eröffnen sie den Akteuren des Gemeinwesens mehr Kooperationsmöglichkeiten und mehr Handlungsfähigkeit. Infrastruktureinrichtungen entwickeln eine Engagementkultur, zu der u.a. auch die Förderung einer Anerkennungskultur mit Maßnahmen und Instrumenten gehört, die die Motive der Engagierten ernst nimmt,

würdigt und zum bürgerschaftlichen Engagement ermutigt. Infrastruktureinrichtungen übernehmen eine Brückenfunktion zwischen den Bereichen der professionellen Versorgung, den etablierten Organisationen und den selbstorganisierten Bürgerinnen und Bürgern. Sie sind ein wichtiger Teil der Anerkennungskultur, weil sie ein Angebot für Bürgerinnen und Bürger stellen, das diesen die Beteiligung und Mitgestaltung am Gemeinwesen ermöglicht.

## **8. Innovation durch grundständige Investition**

Engagementförderung wird sich als wirkungsvolle kommunale Strategie erweisen, wenn unterschiedliche Infrastruktureinrichtungen insgesamt beteiligungsorientiert ausgestaltet sind und sie somit ihre Rolle als Mittler und Entwickler in lokalen Netzwerken wahrnehmen können. Nötig dafür ist eine grundständige, nachhaltige Förderung von Infrastruktureinrichtungen für bürgerschaftliches Engagement mit eigenständigem Profil. Dies erlaubt es, die Engagierten mit ihren jeweiligen Motiven abzuholen, die von Selbstbetroffenheit und Leidensdruck über den Aufbau neuer Kontakte und Beziehungen für Ältere bis hin zu Selbstentfaltungs- und Selbstverwirklichungsbedürfnissen reichen.

## **9. Bürgerschaftliches Engagement als Gemeinschaftsaufgabe verstehen**

Die Entfaltung einer neuen Kultur bürgerschaftlichen Engagements auf der Grundlage einer professionellen lokalen Infrastruktur ist eine Gemeinschaftsaufgabe von öffentlicher Hand, Sozialversicherungsträgern, Wirtschaft sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, weil bürgerschaftliches Engagement die Partizipation auf allen Ebenen fördert. Es begünstigt die Bindung und soziale Integration der Menschen an ein funktionierendes Gemeinwesen und schafft Strukturen, die die nachhaltige Entwicklung neuer Verantwortlichkeiten gewährleistet. Darüber hinaus erbringt Bürgerengagement erfolgreiche und unverwechselbare Beiträge zur Erneuerung des Sozialstaats.

---

# 1. Chance und Herausforderung: Bürgerschaftliches Engagement

## 1.1 Mehr Stärke für Bürger und Kommunen

Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter und ist gerade in seiner Vielfalt und Vielgestaltigkeit anerkennungs- und förderungswürdig. Wer sich bürgerschaftlich engagiert, übernimmt Verantwortung für sich und andere. Bürgerschaftliches Engagement in diesem Sinne umfasst vielfältige freiwillige Aktivitäten und Handlungsformen, die nicht ausschließlich dem Eigeninteresse der Akteure dienen und über das hergebrachte Ehrenamt hinausreichen. Dazu gehört z.B. das Stiften und Spenden von Geld, die Mitwirkung an Straßenfesten oder in Selbsthilfeprojekten und -gruppen sowie die kurzfristig projektorientierte Mitwirkung in bürgerschaftlichen Kooperationszusammenhängen und Netzwerken auf kommunaler und überörtlicher Ebene. Aber auch neue Formen politischer Teilhabe und Teilnahme außerhalb der Parlamente, wie die Beteiligung an Protestveranstaltungen oder an Bürgerinitiativen, zählen zum bürgerschaftlichen Engagement.

Bürgerschaftliches Engagement mit diesen Merkmalen ist also nicht an einen besonderen Bereich oder eine spezielle Aufgabe gebunden. Es kann sich sowohl im Politischen und Sozialen entwickeln als auch in Freizeit, Sport und Geselligkeit. Deshalb ist das freiwillige Engagement in Mütter- oder Nachbarschaftszentren, in Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und Seniorenbüros ebenso Teil auf dem Weg in die Bürgergesellschaft wie die Beteiligung an den Lokalen Agenda 21-Prozessen, Projekten der Quartierserneuerung und Stadtentwicklung.

### Vom Zuschauer zum Gestalter

Im Mittelpunkt einer so verstandenen Bürgergesellschaft stehen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sich für die Menschen in ihrer Umgebung, den sozialen Zusammenhalt, für die Bewahrung der Natur oder das kulturelle Leben einsetzen (vgl. Olk 2001b). Freiwillig und ohne finanzielles Interesse nehmen sie Probleme und Aufgaben selbst in die Hand und nutzen die Chance, die Geschehnisse des Gemeinwesens wesentlich mitzuprägen. Sie verlassen ihre Zuschauerplätze auf der Staatstribüne und mischen sich ein. In gesellschaftlicher Hinsicht tragen Bürgerinnen

und Bürger mit ihrem Engagement zur Bildung von Sozialkapital, zum Gemeinwohl und damit zur Gewährleistung des sozialen und politischen Zusammenhalts der Gesellschaft bei (vgl. Putnam 2000 und 2001).

### **Vorteile des bürgerschaftlichen Engagements**

Die Vorteile für alle beteiligten Akteure des bürgerschaftlichen Engagements liegen auf der Hand:

**Bürgerschaftliches Engagement macht Bürgerinnen und Bürger stark.** Sie übernehmen Verantwortung für sich und andere, können Kontakte zu Gleichgesinnten herstellen und konkrete Einblicke in die Abläufe und Wirkungen ihres direkten Lebensumfelds und Gemeinwesens gewinnen. Sie bringen ihre Kompetenzen ein, können sich beteiligen, mitbestimmen, mitgestalten. Durch ihr Engagement stärken sie das notwendige soziale Miteinander, fördern und (re)aktivieren die solidarische Gesellschaft.

**Bürgerschaftliches Engagement macht Kommunen stark.** Für das Gemeinwesen ist bürgerschaftliches Engagement ein positiver Standortfaktor, der sich darauf auswirkt, ob Menschen in ihrer Gemeinde, Stadt, ihrer Region gerne leben und sich mit ihr identifizieren. Die Kommune kann nicht alle Dinge regeln und ist - nicht nur aus Kostengründen – auf ein lebendiges Miteinander angewiesen. Gerade Kommunen können besonders gut zu bürgerschaftlichem Engagement und Gestaltungswillen ermutigen, weil die Auswirkungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen für den Einzelnen auf lokaler Ebene sehr konkret erfahrbar werden.

Hier können Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Einfluss auf die Politik nehmen. Das Klima in der Behörde, der Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Anliegen, Projekten, Initiativen vermitteln ein spezifisches Bild der jeweiligen Kommune.

**Bürgerschaftliches Engagement stärkt Bundesländer.** Starke Kommunen stellen starke Standorte für Bürgerengagement dar, an denen innovative und starke Bundesländer ein Interesse haben und deren Austausch sie befördern. Indem diese Kommunen vorhandenes Wissen allgemein verfügbar machen und dessen Weiterentwicklung vorantreiben, senken sie die Entwicklungskosten für andere Kommunen. Alle positiven Beispiele von Bürgerengagement vor Ort verfügen darüber hinaus über ein Netzwerk, das für eine bestimmte Kultur des Engagements steht (vgl. Kapitel 2.4.). Es sind Netzwerke, die aus lokalen Partnerschaften, Bündnissen und Kooperationen bestehen. Viele Entstehungsgeschichten dieser Netzwerke zeigen, dass es bestimmte Anstoßgeber gab, die diese Netzwerke mit aufgebaut haben. Diese Unterstützer oder Mentoren sorgen zusätzlich für die

nachhaltige Wirkung der einzelnen Maßnahmen – vom effizienten Einsatz vorhandener finanzieller bis hin zu personellen Ressourcen.

**Bürgerschaftliches Engagement stärkt Demokratie.** Demokratie braucht engagierte, starke Bürgerinnen und Bürger. Für die Politik ist Bürgerengagement gelebte Demokratie in ihren verschiedenen Ausprägungen. Die durch bürgerschaftliches Engagement entstehende Solidarität, der Gemein- und Bürgersinn sind für unsere auf Integration und Partizipation begründete Gesellschaft unverzichtbar. Damit erweist sich bürgerschaftliches Engagement als ein wichtiges Kernelement der Bürgergesellschaft. Nur so kann sich eine Bürgergesellschaft entwickeln und funktionieren. Sie fördert den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem sich Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren und beteiligen können. Die beteiligten Akteure – Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Hand, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen – sind bereit, neue Rollen und Verantwortlichkeiten gemeinsam zu entwickeln und zu übernehmen.

## 1.2 Der ermöglichende Staat als Motor

Engagement zu fördern und dazu zu ermutigen sowie Engagementmöglichkeiten zu eröffnen, ist auch Aufgabe von Politik und Verwaltung. Für die konkrete Ausgestaltung einer breit angelegten Politik der Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements bedarf es jedoch eines politischen Leitbildes.

Ein Leitkonzept, das den Staat und seine Institutionen in seinem Verhältnis zur Bürgergesellschaft beschreibt, ist das des „ermöglichenden Staates“ (vgl. Gilbert/Gilbert 1989). Gemeint ist hier ein Staat, der bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben „auf Augenhöhe“ mit den unterschiedlichen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements kommuniziert und kooperiert (vgl. Evers 1999 und Olk 2001). Durch die enge, gleichberechtigte Zusammenarbeit werden beide Seiten in ihrem Handeln gestützt und gestärkt. Dem Konzept des „ermöglichenden Staates“ nach reicht es nicht, bürgerschaftliches Engagement durch die Ausgestaltung institutioneller Rahmenbedingungen ausschließlich *passiv* zu ermöglichen. Es geht um die **konkrete Ausgestaltung der Rahmenbedingungen** sowie geeignete Maßnahmen der Qualifizierung, Motivierung und Aufgabenbestimmung.

### Rahmenbedingungen verbessern

Der „ermöglichende Staat“ will Hürden, die bürgerschaftliches Engagement erschweren, aus dem Weg räumen. Er will bürokratische Überregulierungen abbauen und vor staatlicher Gängelung schützen. Gleichzeitig soll der Staat förderliche Rahmenbedingungen

im Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft schaffen, die bürgerschaftliche Beteiligung fördern und das Zusammenwirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche im Sinne gemeinsam wahrgenommener Verantwortung ermöglichen.

Rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen haben einen entscheidenden Einfluss darauf, ob und inwiefern bürgerschaftliches Engagement ermöglicht oder erschwert wird. Es geht also darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich bürgerschaftliches Engagement optimal entfalten kann. **Selbstorganisation, Verantwortungsübernahme für sich selbst und andere sowie eine aktive Teilhabe an der Gestaltung unserer Gesellschaft sollen ermöglicht werden.** Zu den Rahmenbedingungen gehört eine Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement oder die Arbeit darin erleichtert und fördert.

### **Empowerment leisten**

Das Konzept des „ermöglichenden Staates“ zielt ausdrücklich auch darauf, **verschiedene Gruppen in der Bevölkerung in die Lage zu versetzen, sich bürgerschaftlich zu engagieren.** Diesen Personen sollen Wege zum bürgerschaftlichen Engagement geebnet werden, die über herkömmliche Verfahren und Beteiligungsverfahren bislang nicht ausreichend angesprochen und motiviert werden konnten bzw. können. So werden z.B. durch die Unterstützung durch sozial „Privilegierte“ (Mentorship) neue Kräfte aktiviert. Diese „Anwälte“ oder „Fürsprecher“ treten für das Anliegen sozial Benachteiligter ein, nehmen es ernst und treiben es mit Anregungen und Ideen voran. Bürgerinnen und Bürger werden durch diese soziale Unterstützung in die Lage versetzt, sich darauf einzulassen, eigenständig und phantasie reich nach Möglichkeiten und Wegen zur Veränderung der Situation zu suchen. Bisher verborgene Fähigkeiten werden wahrgenommen und genutzt, um aus eigener Stärke heraus Schwierigkeiten zu meistern. **Indem der Staat bürgerschaftliches Engagement stärkt, stärkt er letztlich sich selbst.**

### **Sich auf gleicher Augenhöhe begegnen**

Engagementförderung ist demnach keineswegs nur eine staatliche Aufgabe. Sie bedarf vielmehr der Initiative aller gesellschaftlichen Akteure. Da die **Akteure der Bürgergesellschaft die Partner von Staat und Verwaltung** sind und ihnen „auf gleicher Augenhöhe“ begegnen, ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger **kein Engagement „von Staats wegen“.** Selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger übernehmen gesellschaftliche Aufgaben selbstbestimmt und eigenverantwortlich. Sie bringen bislang vernachlässigte Themen, Probleme und Anliegen zur Sprache. Auch die Wirtschaft muss sich

mit den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen und diese ernst nehmen.

Bei der Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement müssen Politik und Verwaltung deshalb zwar mitwirken und moderieren. Bürgerschaftliches Engagement bedeutet jedoch keine Bevormundung und keine Instrumentalisierung. Engagierte Bürgerinnen und Bürger können und sollen selbst entscheiden, wie sie selbst gestellte Aufgaben erledigen wollen. Freiwillige sollen dabei nicht als störend oder Konkurrenz, als „Lückenbüsser“ oder „Ausfallbürge“ für die bezahlte Arbeit begriffen werden. Dazu bedarf es eines permanenten Dialogs und einer verstärkten Qualifizierung von Politik, Wirtschaft, Verbänden und freiwillig Engagierten in Seminaren, Kursen und sonstigen Veranstaltungen.

### 1.3 Bürgerschaftliches Engagement in Zeiten knapper Kassen

Unter den derzeit drastischen Sparzwängen wird auf kommunaler und auf Landesebene zunehmend die Frage danach gestellt, was engagementfördernde Strukturen und Rahmenbedingungen kosten bzw. kosten sollen. Übersehen wird immer noch oft, dass die Finanzkrise der Kommunen und die Diskussion um die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements auch die **Chance für ein neues Miteinander von Kommune und Bürgern** birgt. Es beinhaltet die Chance, neue Lösungsmöglichkeiten zu entdecken, bürgerschaftliches Engagement zu wecken und zu nutzen. Welche Aufgaben muss der Staat weiter erfüllen? Was können Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Selbsthilfeinitiativen, was können engagementfördernde Einrichtungen eigenständig und dezentral, möglicherweise sogar besser erledigen? Was können Unternehmen in der Engagementförderung und in der Kooperation mit den bürgergesellschaftlichen Akteuren tun? Das sind die Herausforderungen der künftigen Engagementförderung.

#### Möglichkeiten und Grenzen

Der unentgeltliche Einsatz der Bürgerinnen und Bürger ist nicht selbstverständlich und kein Selbstläufer. Was würde es kosten, wenn es das Bürgerengagement nicht gäbe? Welche Einrichtungen, Dienste, Projekte würden wegfallen? Welche sozialen Gruppen müssten ohne freiwilliges Engagement professionell begleitet werden? Bürgerengagement ist keine abrufbare Ressource und findet nur dort statt, wo Freiwillige einen Sinn darin erkennen. Wer jetzt in diesem Bereich spart, bremst an der falschen Stelle. **Sparen und innovative Wege gehen kann nur, wer zuvor investiert hat.** Die Chance und politische Aufgabe angesichts der Finanzkrise besteht deshalb nicht darin, bürgerschaft-

liches Engagement zum Lückenbüßer für die Löcher in den öffentlichen Finanzhaushalten werden zu lassen. Die freiwillig Engagierten müssen vom Nutzen ihres Einsatzes für sich und andere überzeugt sein.

### **Perspektiven und Herausforderungen**

Eine zukunftsfähige und nachhaltige, auf Partizipation ausgerichtete solidarische Gesellschaft braucht freiwillig engagierte, starke Bürgerinnen und Bürger. Bürgerengagement ist eine tragende Säule unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und charakteristisch für einen starken Sozialstaat. Aber: Bürgerschaftliches Engagement bewegt und ist in Bewegung. Es muss immer wieder erlernt und erlebt werden. Bürgerengagement braucht Vorbilder, Impulse und Räume, in denen die Übernahme von Verantwortung versucht und trainiert werden kann.

Eine besondere Rolle spielen engagementfördernde Einrichtungen. **Um freiwilliges Engagement anzuregen und zu ermöglichen, ist daher die Stabilisierung, Stärkung und der Ausbau der auf Teilnahme und Teilhabe ausgerichteten Einrichtungen von zentraler Bedeutung.** Zu den Instrumenten der Engagementförderung gehört eine engagementförderliche Infrastruktur. Die zentrale Frage dabei ist, was für eine engagementförderliche Infrastruktur vor Ort nötig ist und wer wofür Sorge zu tragen hat.

Die öffentliche Hand, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände, Privatwirtschaft und selbstorganisierte Bürgerinnen und Bürger müssen im Dialog danach fragen, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der anstehenden Aufgaben und Probleme leisten kann. Dazu gehören die Kernbereiche des Sozialstaats wie das Gesundheitswesen und die Arbeitswelt ebenso wie das Bildungssystem, Integrations- oder Umweltfragen. Was kann eine engagementförderliche Infrastruktur und was können engagementfördernde Einrichtungen in dieser Hinsicht leisten? Können sie die bisherige Engagementkultur weiterentwickeln? Ein wichtiges Ziel bei der Suche nach Antworten muss sein, die Strukturen für Beteiligung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu öffnen.

---

## 2. Spezialisiert und profiliert: Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements und Infrastruktureinrichtungen

### 2.1 Im Überblick: Bedeutung und Vielfalt einer engagementförderlichen Infrastruktur

Die Vorstellung, in einem isolierten Dorf ohne Zugangswege und Brücken oder in einem hermetisch verschlossenen Haus ohne Türen und Fenster zu leben, ist schwierig. In dieser Hinsicht gehören engagementfördernde Einrichtungen zu den wesentlichen Bausteinen einer Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements. In Verbindung mit engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern wirken sie wie ein Fenster, das den Blick auf verschiedene Welten freigibt und diese miteinander verbindet. Eine lokale Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements trägt zur sozialen Entwicklung eines Viertels, einer Stadt, einer Region bei. **Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen übernehmen wichtige Schnittstellenfunktionen in der lokalen Bürgergesellschaft.** Durch sie werden freiwillig Engagierte angeregt, mit ihrer Initiative eigene Fenster aufzustoßen, neue Erlebniswelten für sich und andere zu enthüllen und ihren Blick zu weiten.

Ob „Grüne Dame“ im Krankenhaus, Jugendtrainer im Sportverein oder Teilnehmerin einer Selbsthilfegruppe für Herz-Kreislauf-Kranke – bürgerschaftliches Engagement findet überwiegend auf kommunaler Ebene statt. Die **Kommunen sind der zentrale Ort aktiver Bürgerschaft.** Viele kommunale Angebote ließen sich ohne all die bürgerschaftlich Engagierten kaum aufrechterhalten. Aber: Bürgerinnen und Bürger sind heute weniger bereit, sich in traditionell vorgegebene Strukturen von Ehrenamt und Selbsthilfe einzuordnen. Der Trend zur Individualisierung, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung sowie der Wunsch nach demokratischer Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens haben zugenommen. Dadurch erhält Bürgerengagement eine neue Qualität. Das Interesse am Gemeinwohl und an der Hilfe für andere Menschen wird immer stärker mit Mitbestimmungs- und Selbstverwirklichungsansprüchen gekoppelt.

Eine auf Beteiligung und Nachhaltigkeit ausgerichtete Bürgergesellschaft wird dann zur Realität, wenn eine Infrastruktur geschaffen wird, die den veränderten Zugängen und

Haltungen engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger entspricht. Das beginnt bei der räumlichen Infrastruktur und reicht von der Erreichbarkeit der Handlungsorte bis hin zum Vorhalten von Angeboten für Engagierte. Dazu gehört ein gutes Management, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen, die Anerkennung des Engagements sowie das Schaffen von Leitbildern und Strukturen von Organisationen, Verbänden und Einrichtungen. Nötig dafür sind Engagementförderstellen, die kontinuierlich und kompetent Informations-, Beratungs-, Vermittlungs- und Entwicklungsaufgaben leisten können. **Dementsprechend muss eine engagementförderliche Infrastruktur ermöglichende, unterstützende und begleitende Elemente beinhalten.** Die Handlungsfelder reichen von der Bereitstellung von Informationen, Qualifizierungsmöglichkeiten, dem Aufbau eines Kooperations- und Netzwerkes über Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu fachlicher Beratung.

In den folgenden Ausführungen geht es darum, den Stand der Diskussion und die Umsetzung zur Förderung einer Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler und Länderebene zu umreißen und mögliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Dabei ist es in dem hier gebotenen Rahmen nicht möglich, in gleicher Intensität auf alle Infrastruktureinrichtungen und 16 Bundesländer einzugehen (vgl. für einen Überblick Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002, S. 350 ff). Die Argumentation muss sich daher neben der Skizzierung eines allgemeinen Überblicks einer engagementförderlichen Infrastruktur auf einige besonders signifikante Beispiele engagementfördernder Einrichtungen sowie die ausgewählte länderspezifische Förderpraxis in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beschränken.

## **2.2 Im Mittelpunkt: Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen**

In den Ländern und vor allem Kommunen gibt es heute mehrere Akteure, die Bürgerinnen und Bürgern infrastrukturelle Möglichkeiten und Zugänge zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe bieten. Neben engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen und Verbänden, Parteien und Kirchen sind dies Organisationen des Freiwilligenbereichs wie Vereine, Gruppen, Projekte und Initiativen (vgl. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 1, 2004). Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Adressatengruppen, des fachlichen Profils und des Entwicklungsstandes. Insgesamt stellen engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen jedoch zweifellos ein sinnvolles und gesellschaftlich notwendiges Instrument zur Förderung des Bürgerengagements dar. Sie tragen dazu bei, dass mehr Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten eines Engagements eröffnet und bereits bürgerschaftlich aktive Menschen unterstützt werden.

Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen weisen eine ausgesprochene Vielfalt an Gestaltungsformen bezüglich Trägerschaft, Rechtsform, Aufgabenschwerpunkten und Organisationsstruktur auf. Dazu gehören Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren, soziokulturelle Einrichtungen, z.B. für Migrantinnen und Migranten, Bürgerbüros, Lokale Agenda 21-Initiativen und lokale Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in Kommunal- und Landkreisverwaltungen (Landesehrenamtsagenturen oder -stiftungen).

So vielfältig wie die Gestaltungsformen sind die Tätigkeitsfelder von Infrastruktureinrichtungen. Mütterzentren bieten niedrigschwellige Unterstützungsangebote für unterschiedliche Lebenssituationen und tragen zur Entwicklung einer neuen Nachbarschaftskultur bei. Beispielsweise organisieren dort allein erziehende Mütter die Betreuung ihrer Kinder, indem sie Ältere für einzelne Aktivitäten gewinnen. In Nachbarschaftszentren widmen sich Menschen ihren wohnortspezifischen Anliegen und treten für die Belange ihres Stadtteils ein. Gemeinsam tun sie etwas für die Verbesserung ihres Viertels durch das Vorantreiben der Verkehrsberuhigung oder Baumpatenschaften. Andere Einrichtungen fördern die Zusammenschlüsse ehrenamtlicher Helfer in Betreuungsvereinen für Behinderte oder greifen neue Themen des bürgerschaftlichen Engagements zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und des ökologischen Gleichgewichts vor Ort auf. Anhand der Ressourcen, Arbeitsprofile und -bereiche spezieller Einrichtungstypen wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros sollen nachfolgend ausgewählte Aufgaben und Angebote der Förderung bürgerschaftlichen Engagements diskutiert werden, um den Nutzen und die Leistung von Infrastruktureinrichtungen zu verdeutlichen.

### **2.3 Im Vergleich: Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros**

Seit den frühen 1980er Jahren haben sich nacheinander mit Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, -zentren und anderen vergleichbaren Einrichtungen unterschiedliche Pfeiler einer gezielten infrastrukturellen Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements gebildet und verbreitet. Diese Einrichtungen haben sich zu bekannten bereichsübergreifenden Anlaufstellen, Begegnungsorten und Impulsgebern der lokalen und regionalen Engagementförderung entwickelt. **Sie bilden wichtige Knotenpunkte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort und schlagen Brücken zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, kommunalen Verwaltungen, Vereinen und Verbänden, Unternehmen sowie professionellen Versorgungseinrichtungen.** Sie sind Serviceeinrichtungen, die Überblickswissen und Ressourcen bereitstellen, Kontakte und Kooperationen eröffnen und Vernet-

zung herstellen. Ihre Aufgabe besteht ausdrücklich darin, Bürgerinnen und Bürger mit Interesse an freiwilligem Engagement, an Selbsthilfe oder im Seniorenbereich *gezielt* anzusprechen und über Tätigkeitsfelder und Organisationsmöglichkeiten zu informieren. Sie verfügen über qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bürgerschaftlich engagierte oder daran interessierte Menschen in ihrem Engagement beraten und unterstützen, z.B. durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit, durch Erfahrungsaustausch und durch Fort- und Weiterbildung.

Diese Entwicklungen sind für Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros durch Bundesmodellprogramme aufgenommen und in ihrer Wirkung gefestigt worden. Auch Freiwilligenzentren sind durch bundesweite verbandliche Modellprojekte gefördert worden. Ein bundessweites, staatlich gefördertes Modellprojekt für Freiwilligenagenturen und -zentren hat es bisher aber nicht gegeben.

Auf der einen Seite wird in der Fachdebatte wiederholt darauf hingewiesen, dass örtliche und regionale Infrastruktureinrichtungen von erheblicher Bedeutung für die Förderung des freiwilligen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern sein können. Dafür spricht, dass in Kommunen und Landkreisen, in denen Selbsthilfekontaktstellen eingerichtet worden sind, die Anzahl der registrierten Selbsthilfegruppen regelmäßig angestiegen ist. Vergleichbare positive Wirkungen auf das freiwillige Engagement von Seniorinnen und Senioren konnten auch Seniorenbüros erzielen (vgl. Braun/Kettler/Becker 1996 sowie Braun/Bischoff 1999). Für Freiwilligenagenturen und -zentren liegen entsprechende Begleitforschungsstudien noch nicht vor. Ähnliche positive Resultate konnten aber auch diesen Einrichtungen zur Engagementförderung schon nachgewiesen werden (vgl. Baldas u.a. 2001).

Auf der anderen Seite ist trotz solcher positiven Effekte die Finanzierung der unterschiedlichen Formen von Infrastruktureinrichtungen gerade für die kommenden Jahre keineswegs gesichert. **Angesichts der drastisch verschlechterten Finanzsituation in den Kommunen, aber auch bei Bund und Ländern droht vielen Einrichtungen die Schließung.** Dabei ist die Situation für Freiwilligenagenturen und -zentren aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte vergleichsweise besonders prekär. Im Gegensatz zu Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros sind diese Einrichtungen in einer Zeit entstanden, in der die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte bereits spürbar wurde. Laut einer bundesweiten Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) vom Herbst 2001 können die meisten Freiwilligenagenturen keine gesicherte Finanzierungsgrundlage über das laufende Haushaltsjahr hinaus aufweisen. Einer Vielzahl von Neugründungen steht eine ebenso hohe Anzahl von Schließungen dieser zumeist jungen Einrichtungen gegenüber (vgl. Ebert u.a. 2002). Von finanziellen Unsicherheiten wer-

den aber auch die anderen Infrastruktureinrichtungen in Zukunft verstärkt betroffen sein. Laut einer bundesweiten Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) im Herbst 2003 sind beispielsweise 41 Prozent der Seniorenbüros in den neuen Ländern mangelhaft finanziell abgesichert.

### **2.3.1 Besondere Ressourcen, Arbeitsprofile und -bereiche**

Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros haben mindestens drei Aufgabenbereiche. Im Vordergrund stehen hierbei

1. die Beratung und Vermittlung von engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern,
2. Öffentlichkeits- und Projektarbeit,
3. und die Vernetzungsarbeit mit örtlichen Akteuren des Bürgerengagements.

Der folgende Überblick umreißt die Vielfalt und Vielseitigkeit der Aufgabenprofile und -bereiche der einzelnen Einrichtungen.

#### **Freiwilligenagenturen und -zentren**

Die allgemeinste Form einer engagementfördernden Einrichtung stellen Freiwilligenagenturen und -zentren dar. Sie arbeiten wie Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros milieu-, bereichs- und außerdem altersübergreifend. Im Unterschied zu kommunalen Anlaufstellen liegt ihre Qualität zudem darin, dass sie in der Regel konzeptionell bei zivilgesellschaftlichen Organisationen verwurzelt sind. Sie bestehen bei unterschiedlichen freien und öffentlichen Trägern, bei Wohlfahrtsverbänden, eigenständigen Vereinen, Kommunen und Trägerverbänden (vgl. Ebert 2002). Auf diese Weise sind derzeit ca. 180 Freiwilligenagenturen und -zentren nicht nur in der Lage, die spezifischen Belange der Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinwohlorganisationen zu berücksichtigen. Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbare Einrichtungen haben in den vergangenen zehn Jahren vor dem Hintergrund mangelnder Ausstattung und Ressourcen auch neue und ungewöhnliche Zugangswege zum freiwilligen Engagement geschaffen.

Sie haben:

- neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Engagementführer, lokale Kampagnen etc.) entwickelt,
- neue Formen der Anbahnung von bürgerschaftlichem Engagement ins Leben gerufen (Internetplattformen zur Suche nach einem freiwilligen Engagement, Ausstellungen zu lokalem freiwilligen Engagement, Kooperationen mit Bildungsträgern für Seminarangebote zur Initiierung von bürgerschaftlichem Engagement etc.),

- neue Formen niedrigschwelliger Angebote freiwilligen Engagements, wie z.B. Freiwilligentage etc., initiiert,
- Corporate Volunteering Projekte mit Vorreiterrollen im Blick auf Freiwilligentage von Unternehmensmitarbeitern, Seitenwechsel-Projekte (Wechsel sowohl in die soziale Arbeitswelt als auch in die Arbeitswelt von Unternehmen), Mentorenprojekte (Unternehmensengagement im Allgemeinen) entwickelt.

**Freiwilligenagenturen und -zentren** haben ihre Arbeitsschwerpunkte – generell betrachtet – in der Beratung von engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern sowie in der Beratung, Begleitung und Qualifizierung von Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten wollen. Ein weiterer grundsätzlicher Schwerpunkt liegt darin, Beiträge zu einer neuen Kultur von Freiwilligkeit im lokalen Umfeld zu liefern. Die Arbeitsschwerpunkte einzelner Agenturen sind abseits der Hauptarbeitsgebiete vielfältig gestaltet und den lokalen Gegebenheiten und den eigenen Möglichkeiten angepasst. Während einige Freiwilligenagenturen und -zentren Schwerpunkte im Jugendengagement setzen, legen andere bereichs- und generationenübergreifende Ansätze vor, die eine Brücke zu den Zielgruppen von Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen schlagen. Wiederum andere setzen einen Schwerpunkt in der Vernetzungsarbeit der lokalen Institutionen zur Ausbildung lokaler Engagement-Netzwerke. Schließlich setzen einige auf Corporate Volunteering Projekte, um diese neue Form bürgerschaftlichen Engagements zu fördern. Ein weiteres Gebiet stellt die Einrichtung von Freiwilligenmanagement in der Organisationslandschaft dar, wobei sich gegenwärtig abzeichnet, dass der Kulturbereich, soziale Einrichtungen und Dienste dieses Thema über Angebote von Freiwilligenagenturen und -zentren für sich entdecken.

Freiwilligenagenturen, -zentren und andere vergleichbare Einrichtungen binden Freiwillige in ihre Strukturen mit ein und haben drei Aufgabenbereiche:

- Als „Engagement-, Beratungs- und Vermittlungsstellen“ koordinieren und kombinieren sie Interessen, Bedürfnisse und Aufgaben zwischen Personen und Institutionen für die weitere Entwicklung hin zu einer Bürgergesellschaft.
- Als „Forum für freiwilliges Engagement“ bieten sie zum einen den sich freiwillig und unentgeltlich Engagierenden Informationsveranstaltungen, Fachgespräche sowie Raum zum Erfahrungsaustausch, andererseits aber auch eine Plattform zur Meinungsbildung in der Öffentlichkeit.
- Als „Werkstatt sozialer Aktionen“ ermöglichen sie Freiwilligen oder Ehrenamtlichen, sich neuen sozialen Ideen zu öffnen, Umsetzungen zu planen und selbst organisierte Hilfegruppen zu fördern.

Im „Forum des freiwilligen Engagements“ einiger Freiwilligenzentren finden z.B. Fortbildungen für Berufliche und Freiwillige, Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Problemstellungen des freiwilligen Engagements (Versicherungsschutz, Pflegeversicherung) oder die Organisation eines Freiwilligentags wie der „Aktivtag“ in Hamburg im September 2002 mit 250 Beteiligten statt. Mit der „Werkstatt“-Idee wird die Möglichkeit zum Bürgerengagement in selbstorganisierten Zusammenhängen mit gering formalisierten Strukturen offeriert.

Eine Querschnittsaufgabe in allen Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen ist die Förderung neuer gesellschaftlicher Bündnisse. Dabei wird die Vernetzung unterschiedlicher Akteure der Gesellschaft angestrebt. Es kann sich hierbei sowohl um Gruppen, Organisationen, Verbände, Kirchengemeinden usw. handeln als auch um Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Kommunen usw. Wesentlich ist, dass allen Akteuren, die für das bürgerschaftliche Engagement relevant sind, Beteiligung und Unterstützung angeboten wird.

Ein weiteres zentrales Arbeitsfeld ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen. Freiwilligenzentren arbeiten beispielsweise gemeinsam mit Schulen in Projekten. Gezielte freiwillige Arbeit in der Schule soll Schülerinnen und Schüler einerseits zu selbständigem Arbeiten und andererseits zu mehr Bürgerverantwortung führen. So arbeiten und helfen diese Schülerinnen und Schüler in gemeinnützigen und sozialen Einrichtungen, lernen Nöte begreifen und machen positive Erfahrungen durch die selbst geleistete Hilfe. Die Erfahrungen werden im Unterricht erörtert und ausgewertet.

### **Selbsthilfekontaktstellen**

Selbsthilfekontaktstellen sind in Deutschland als eigenständiger fachlicher und institutioneller Arbeitsansatz seit Beginn der 80er Jahre entstanden. Sie verfügen über professionelles Personal, Räume und Ressourcen. 2003 gab es in Deutschland 273 Einrichtungen, wobei allerdings das Selbsthilfeunterstützungsangebot nicht bei allen als eine Hauptaufgabe realisiert ist. Bei manchen wird das Angebot als Nebenaufgabe verwirklicht, die in andere Arbeitsbereiche integriert ist (z.B. bei Krankenkassen, Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen, Universitäten oder kommunalen Behörden und Ämtern). In dieser Form sind nur begrenzte Angebote möglich.

Zur Zielgruppe gehören Menschen aller Altersgruppen und ihre Angehörigen sowie alle Akteure innerhalb des Selbsthilfebereichs und der professionellen Versorgung, Institutionen und Organisationen vor Ort. Sie arbeiten als unabhängige fach- und themenübergreifende Service- und Netzwerkeinrichtungen im weiten Spektrum der gering organi-

sierten Selbsthilfe (kleine Gruppen ohne Vereinsstatus), für die es oft keine weitere Unterstützungsmöglichkeit gibt sowie parallel bzw. ergänzend zur organisierten Selbsthilfe, z.B. den großen Verbänden chronisch Kranker und Behinderter. Zielgruppenbezogen arbeiten Selbsthilfekontaktstellen kontinuierlich an der Weiterentwicklung des Kontaktstellenkonzepts. Als Treffpunkt sind Selbsthilfekontaktstellen Orte der Begegnung. Sie stellen Ressourcen bereit und bilden eine Drehscheibe zu Organisationen, Versorgungseinrichtungen und Verwaltungen.

Zu den Kernaufgaben von Selbsthilfekontaktstellen gehört es, Menschen, die von einem sozialen, psychischen oder gesundheitlichen Problem betroffen sind, miteinander in Kontakt zu bringen und zu ermutigen. Sie zeigen Möglichkeiten der selbstorganisierten Gruppenarbeit auf und helfen bei der „Geburt“ neuer Selbsthilfegruppen und bei Schwierigkeiten in der Gruppenarbeit durch Gruppenbegleitung oder Fortbildung.

Selbsthilfekontaktstellen bieten infrastrukturelle Hilfen, z.B. durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, durch technische und organisatorische Unterstützung von Selbsthilfegruppen bzw. -organisationen. Sie halten umfassende Informationen bereit und schaffen Kontakte und Zugangswege zu allen Selbsthilfegruppen (Wegweiserfunktion) und zu Institutionen, Organisationen und Einrichtungen vor Ort (Lotsenfunktion). Sie machen Öffentlichkeitsarbeit (Selbsthilfewegweiser, Selbsthilfezeitungen, Diskussionsveranstaltungen, Selbsthilfetage) und werben für den Selbsthilfegruppen-Gedanken und für die Verankerung der Selbsthilfe in Versorgung und Gemeinwesen. Sie unterstützen Selbsthilfegruppen bei ihrer eigenen Medienarbeit (Presse, Bürgerradio, offene Fernsehkanäle) und bei der Vertretung ihrer Anliegen und Interessen (Sprachrohrfunktion).

Das Angebot von Selbsthilfekontaktstellen beinhaltet auch die Beratung

- zu den Möglichkeiten und Verfahren der Selbsthilfeförderung, beispielsweise seitens der Kommune oder der gesetzlichen Krankenkassen,
- zu Beteiligungsmöglichkeiten in Bürgerforen, Ausschüssen und Gremien, beispielsweise im Rahmen kommunaler Gesundheitskonferenzen oder im Rahmen der Patientenbeteiligung,
- über Zugänge zu Fachinformationen, beispielsweise zu gesundheitlichen und sozialen Fragen,
- sowie die Anregung und Unterstützung von Erfahrungsaustausch und Kooperationen untereinander wie auch mit anderen Gruppen und Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements,
- und die Anregung und Unterstützung von Erfahrungsaustausch und Kooperationen mit Fachleuten und Institutionen.

Der thematische Schwerpunkt der Arbeit von Selbsthilfegruppen liegt in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Eine eindeutige Abgrenzung ist nicht einfach möglich, da viele Selbsthilfegruppen ein ganzheitliches Selbstverständnis haben. Sie sind entweder in mehreren Bereichen aktiv oder legen ein erweitertes Verständnis von Gesundheit (unter Einschluss psychischer und sozialer Probleme oder von Umweltaspekten) oder von Sozialem (unter Einschluss gesundheitlicher Probleme) zugrunde. Ausgangspunkte für ihre Arbeit und das bürgerschaftliche Engagement sind die persönliche Betroffenheit (z.B. durch eine Krankheit oder Behinderung, durch eine Lebenskrise, ein psychisches oder soziales Problem) und die gemeinsame Problembewältigung. Konstitutiv für Selbsthilfegruppen sind Selbstbestimmung, Selbstorganisation, solidarische Gruppenarbeit, gegenseitige Hilfe, selbstverantwortliche Interessenvertretung/Beteiligung und Betroffenenkompetenz.

Daraus ergibt sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Selbsthilfekontaktstellen für ihre Rolle als professionelle Selbsthilfeberaterinnen und -berater ein Leitbild des Empowerments:

- Selbsthilfeinteressierte und Gruppen in ihrer Selbstorganisation und in ihrer Fähigkeit zur Problembewältigung zu stärken,
- die eigenständige Gruppenbildung sowie die Gruppen- und Handlungskompetenz zu fördern
- und Selbstverantwortung und Entscheidungssouveränität zu respektieren.

Das Aufgabenprofil der Selbsthilfekontaktstellen ist – vor allem auch als Effekt der beiden Bundesmodellprogramme und der langjährigen Fachdiskussion – durchaus einheitlich (Kernaufgaben). Dennoch spielen immer auch lokal geprägte Entwicklungen, Traditionen und Schwerpunkte eine Rolle, z.B. Foren zur Bündelung von Patienteninteressen, Aspekte der Gesundheitsförderung oder der Stadtteilorientierung, oder eine besondere Verbindung zu Kliniken, mit Nachbarschaftseinrichtungen und der Familienselbsthilfe. Andererseits führt auch eine unzureichende Förderung dazu, dass Dienstleistungen nicht immer in gewünschtem Umfang angeboten werden können. Oft ist nicht ausreichend Personal vorhanden. Auch die sachlichen Ressourcen wie die technische Ausrüstung (Raum- und Kopiermöglichkeiten, Telefon, Computer etc.) entsprechen dann nicht den Erfordernissen.

## **Seniorenbüros**

Seniorenbüros sind in Deutschland in den neunziger Jahren entstanden. Sie gehen auf ein Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

zurück. Anfang der 90er Jahre wurden im Rahmen dieses Programms 44 Seniorenbüros gegründet. Derzeit existieren ca. 175 Seniorenbüros auf Bundesebene. Ausgangspunkt ihrer Arbeit ist der Wille vieler Seniorinnen und Senioren, nach Ende des Berufslebens und der aktiven Familienphase, neue, verlässliche Kontakte und Beziehungen aufzubauen. Seniorenbüros sind Katalysatoren eines Paradigmenwechsels in der offenen Altenarbeit. Mit der Etablierung von Seniorenbüros ging es nicht darum, eine weitere Versorgungseinrichtung im Bereich der Altenarbeit und Altenhilfe zu schaffen. Vielmehr sollte ein neues Modell etabliert werden, das die Möglichkeiten zur Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Menschen stärkt und ihnen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet. Heute sprechen Seniorenbüros gezielt die Kompetenzen älterer Menschen an. Sie ermöglichen ihnen die aktive Teilhabe und Mitsprache in Tätigkeitsfeldern des bürgerschaftlichen Engagements. Den Schwerpunkt bildet die Hilfe für die wachsende Zahl von Seniorinnen und Senioren in Deutschland bei der Lebensgestaltung im Ruhestand. Seniorenbüros bieten Älteren bei der Neuorientierung Perspektiven für das aktive Mitwirken und Mitgestalten am gesellschaftlichen Leben, für den Nutzen ihres Erfahrungswissens und sie unterstützen die Initiierung von Projekten.

Zur Zielgruppe gehören Menschen ab 50 Jahren, entsprechend von Seniorenbüros initiierte und unterstützte Gruppen und Initiativen sowie alle Akteure innerhalb dieses Engagementspektrums. In den vergangenen Jahren hat sich zudem gezeigt, dass auch engagementinteressiertere Menschen unter 50 Jahren von den Büros angesprochen werden. Demzufolge suchen und finden all jene Menschen den Weg in Seniorenbüros, die ehrenamtlich und selbstbestimmt aktiv sein wollen und das mit einem gesellschaftlichen Nutzen verbinden möchten oder zunächst Kontakt zu anderen wünschen und gemeinsam aktiv werden wollen. In hohem Maße werden hierbei Seniorinnen und Senioren zum bürgerschaftlichen Engagement angeregt, die bislang nicht engagiert sind und durch anderweitige Ansätze der Altenarbeit nicht erreicht werden. Seniorenbüros schaffen in erster Linie Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für Menschen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitergeben und sich aktiv einbringen wollen. Darüber hinaus sind sie auch Orte der Begegnung für ältere Menschen, d.h. Treffpunkte für gesellige und freizeitbezogene Aktivitäten. Ein besonderes Merkmal ist die Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Das Aufgabenprofil von Seniorenbüros umfasst gegenwärtig:

- die Information, Beratung und Vermittlung engagementinteressierter Älterer,
- die Beratung von Einrichtungen zur Vermittlung älterer Freiwilliger, Verbesserung von Rahmenbedingungen für den Einsatz älterer Freiwilliger (z.B. Gewährleistung des Versicherungsschutzes, Erstattung von Auslagen etc.),

- die Schaffung von Anerkennungsstrukturen,
- die Begleitung älterer Freiwilliger, Organisation von Fort- und Weiterbildungsangeboten,
- die Initiierung, Beratung und Unterstützung von Projekten für Seniorinnen und Senioren in- und außerhalb des Seniorenbüros (z.B. Alt-Jung-Projekte, Internetcafés, Besuchsdienste, Zeitzugenprojekte, Hobby- und Kleinreparaturenwerkstatt, sportliche und kulturelle Aktivitäten etc.),
- die Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Verbänden und Einrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe von Seniorinnen und Senioren,
- die Kooperation und Vernetzung innerhalb der Kommune (Initiierung von „Runden Tischen“, Gesprächskreisen, Arbeitskreisen „offene Altenarbeit“ etc.),
- die Erbringung von Dienstleistungen für die Träger, Übernahme kommunaler Aufgaben (z.B. Altenhilfeplanung, Beratungen im Bereich der Altenhilfe etc.),
- die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Herausgabe von Seniorenwegweisern, Seniorenzeitungen etc.),
- die niedrigschwelligen Angebote – Durchführung von Veranstaltungen, um noch nicht Engagierten den Zugang zu freiwilligem Engagement zu ermöglichen.

Seniorenbüros waren und sind überwiegend mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt, um regelmäßige Öffnungszeiten und einen verlässlichen Zugang für engagementbereite Ältere zu garantieren. Zugleich sorgen in der Regel räumliche und sachliche Ressourcen dafür, eigene Projekte und Begegnungsformen neuer Art zu gewährleisten.

Die Umsetzung der genannten Aufgabenstellungen erfolgt in jedem Seniorenbüro etwas anders. Je nach Trägerschaft (kommunale Träger, Landkreise, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, freie Trägerschaften oder Trägerverbände), Entstehungszeitraum und Hintergrund sowie den örtlichen Gegebenheiten und der Einbettung in die Struktur bereits vorhandener Angebote im Bereich der Seniorenarbeit, hat jedes Seniorenbüro ein den Gegebenheiten entsprechendes Profil entwickelt.

### 2.3.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten

**Gemeinsamkeiten** zwischen den Institutionen ergeben sich aus einer hohen Übereinstimmung in der Philosophie bzw. dem Selbstverständnis der verschiedenen Einrichtungen. Sie alle sind einheitlich motiviert und getragen vom Bestreben, zum ei-

gen- und selbstverantwortlichen Handeln von Menschen beizutragen – bürgernah und ohne Belehrung. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist die individuelle Lebenslage von engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern, die zu einer gemeinsamen Bewältigung führt. Die Arbeit aller drei Einrichtungstypen ist themen- und bereichsübergreifend, trägerunabhängig und nicht auf eine inhaltlich eng definierte Adressatengruppe oder Mitgliedschaft orientiert. Im Mittelpunkt steht das Aktivwerden und Zusammentreffen von Menschen mit unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen, Erfahrungen, Schwierigkeiten oder Problemen. Die Einrichtungen haben einen Gesamtauftrag zur Ermöglichung bzw. Befähigung bürgerschaftlichen Engagements und nicht einen inhaltlich eng umrissenen Versorgungsauftrag oder ein spezifisches Mandat zur Interessenvertretung. Dies unterscheidet sie von anderen Einrichtungen und Verbänden. Generell gilt, dass im Hinblick auf die Ansätze und Profile zwischen den Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen sowie Seniorenbüros stärkere Gemeinsamkeiten bestehen als zwischen Selbsthilfekontaktstellen und den beiden anderen Einrichtungstypen.

**Unterschiede und Besonderheiten** zwischen den drei Einrichtungstypen resultieren demzufolge sowohl aus den **Zielgruppen** als auch aus den verschiedenen **Zielsetzungen**. Die Ziele von Selbsthilfegruppen sind – insbesondere in der Gründungsphase – stark nach innen ausgerichtet. Zentrales Kriterium für den Zugang ist die persönliche Betroffenheit, die gemeinsam mit anderen bewältigt werden soll. Eine Orientierung auf andere Gleichbetroffene, die nicht Gruppenmitglieder sind, auf das soziale Umfeld und auf gesellschaftliche Zusammenhänge, erfolgt vielfach erst im zweiten Schritt. Im Gegensatz dazu sprechen Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbare Einrichtungen Personen und Organisationen an, die sich primär nach außen richten, d.h. die sich für andere Menschen, für die Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems oder für die Verbesserung von Lebensqualität in ihrem Gemeinwesen einsetzen wollen. Zwar spielt auch hier der Selbstbezug eine Rolle. Ausgangspunkt oder Motiv der engagementbereiten Personen in Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen ist aber nicht die unmittelbare Problembetroffenheit.

Mit den Seniorenbüros entstand ein neuer Typ der offenen Altenarbeit. Im Vordergrund steht nicht mehr die Betreuung einer angeblich hilfebedürftigen Generation der Älteren. Seniorenbüros leisten einen wichtigen Beitrag dadurch, dass Menschen jenseits der beruflichen Lebenswelt und aktiven Familienphase durch bürgerschaftliches Engagement neue Verantwortungsrollen in der Gesellschaft übernehmen können.

Die Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen ist durch die Schwerpunkte der Selbsthilfe in den Bereichen Erkrankung, Behinderung, Soziales, gesellschaftliche Integration, Psychosoziales, Lebenslagen und Lebenskrisen auf gesundheitliche und soziale Probleme

gerichtet. Dagegen ist die Arbeit von Freiwilligenagenturen, -zentren und anderen vergleichbaren Einrichtungen sowie Seniorenbüros grundsätzlich breiter angelegt. Sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche von Kultur und Ökologie, über Politik bis hin zu Sport und Soziales.

Der zentrale Unterschied zwischen Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen ergibt sich aus der Ausrichtung der Arbeit der Seniorenbüros auf die Personengruppe der Bürgerinnen und Bürger im dritten Lebensalter. Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbare Einrichtungen vermitteln und entwickeln Tätigkeiten und Projekte für Menschen in allen Lebensphasen und jedem Lebensalter.

## 2.4 Engagementförderung in den Ländern

Bürgerschaftliches Engagement findet in erster Linie in den Kommunen statt. Für die weitere Entwicklung und den Ausbau der lokalen Engagementförderung sprechen aber neben der angespannten Finanzsituation in den Kommunen auch die erfolgreichen Erfahrungen mit landespolitischen Initiativen. Einige Bundesländer wie Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz oder das Saarland haben die Zeichen der Zeit erkannt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern konnte dort mit Hilfe intelligenter Förderprogramme eine breite Landschaft von lokalen Infrastrukturangeboten zur Engagementförderung (Landesehrenamtagenturen) auf die Beine gestellt werden. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen werden Landeskoordinierungsstellen der Selbsthilfeunterstützung gefördert.

Da in dem hier gebotenen Rahmen nicht auf alle 16 Bundesländer eingegangen werden kann, soll der nachfolgende Überblick aktuelle Entwicklungen in den Ländern kurz skizzieren. Im Anschluss daran werden dann genauer zwei Beispiele einer erfolgreichen Engagementförderung und -kultur mit ihren charakteristischen Merkmalen beschrieben. Es sind dies die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

In *Bayern* spielen familien-, jugend- und heimatbezogene Aktivitäten neben Sicherheit und Kriminalität eine besondere Rolle. Im Familien- und Jugendbereich sind dies die Förderung des Verbandes Alleinerziehender, von Mütterzentren, Selbsthilfe im Behindertenbereich sowie Kultur- und Begegnungsstätten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2003, S. 116 ff). In *Hamburg* wird verstärkt die Vernetzung relevanter Akteure des Bürgerengagements im AKTIVOLI-Netzwerk vorangetrieben. Einen Schwerpunkt bilden hier Weiterbildungsmöglichkeiten für Freiwillige. In *Hessen* fördert die Landesehrenamts-

agentur seit kurzem neue Initiativen bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene. Die Agentur unterstützt vernetzt vorhandene Initiativen in Kommunen und Verbänden durch Serviceleistungen untereinander. Sie organisiert den Erfahrungsaustausch, bietet Weiterbildung an und fungiert als zentraler Ansprechpartner. *Sachsen* unterstützt neben Familien(zentren), Selbsthilfegruppen und sozialen Projekten im ehrenamtlichen Bereich psychosoziale Einrichtungen und generationsübergreifende Projekte wie die „Aktion 55“. Zielgruppe der Aktion sind 55- bis 60-jährige, die entweder Altersübergangsgeld oder Arbeitslosengeld bzw. -hilfe beziehen oder Erwerbsunfähigkeits-, Berufsunfähigkeits- oder Invalidenrente erhalten. *Sachsen-Anhalt* hebt besonders die Planung flächendeckend arbeitender Einrichtungen, z.B. von Ehrenamtsbörsen, hervor.

### 2.4.1 Das Beispiel Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurde schon früh grünes Licht für die Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements gegeben. Ausgehend von einem gesellschaftspolitischen Anspruch, der auf eine Stärkung von Demokratie und Mitgestaltung in der gesamten Gesellschaft abzielt, ist innerhalb von 14 Jahren Engagementförderung zu einem eigenen politischen Handlungsfeld mit parteiübergreifender Akzeptanz gewachsen. Mittlerweile wird bürgerschaftliches Engagement von allen Beteiligten als kontinuierliche Daueraufgabe betrachtet. Mit seiner Entwicklungsgeschichte nimmt Baden-Württemberg auf dem Gebiet der Engagementförderung bundesweit eine Spitzenposition ein.

Das zentrale Anliegen der unterschiedlichen Förderphasen in Baden-Württemberg war es, eine möglichst große Anzahl organisierter Akteure auf regionaler und überregionaler Ebene in Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken in die Engagement-Förderpolitik einzubinden. Gleichzeitig wurde eine enge Kooperation mit den Kommunen aufgebaut. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen haben sich die Schwerpunkte der Förderpolitik im Laufe der Jahre immer mehr verschoben: von einzelnen Initiativen über die Förderung kommunaler Infrastruktur wie z.B. Selbsthilfekontaktstellen hin zum Aufbau von Landesnetzwerken und Qualifizierungsangeboten (vgl. Klie/Ross 2000 sowie Hummel 2000).

In Folge dieser Förderpolitik des bürgerschaftlichen Engagements entstand eine **breite Palette von Netzwerken und Bündnissen**, mit dessen Hilfe alle wichtigen landespolitischen Akteure einbezogen wurden. Ihr **Ziel: Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Rahmenbedingungen zur Förderung des Bürgerengagements zu schaffen**. Hierzu gehört die Arbeitsgemeinschaft Seniorengenossenschaften/Bürgerschaftliches Engagement (ARBES) als ein selbstorganisiertes Netzwerk der Einzelinitiativen, die Arbeitsgemeinschaft Förderung Bürgerschaftliches Engagements (AG/BE) als institutionalisierte Form einer engen Kooperation zwischen kommunalen Spitzenverbänden und Land

sowie die „Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement“ im Sozialministerium. Von dort wurden auch die ressortübergreifenden Vernetzungsstrategien angeregt und in Gang gesetzt. Darüber hinaus wird Engagementförderung durch das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport betrieben. Dies hat auch zur Institutionalisierung eines Landesbüros Ehrenamt geführt, in dem ein Landesforum mit allen für das Ehrenamt wichtigen Gruppierungen vertreten ist (vgl. Olk 2003).

### **Besondere Bedeutung: Lokale Anlaufstellen**

In Baden-Württemberg spielt die **Vernetzung von an den Interessen und am Bedarf orientierten Infrastruktureinrichtungen** eine große Rolle. Als ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung des freiwilligen Engagements fördert und unterstützt Baden-Württemberg Kommunen bzw. Landkreise beim Auf- und Ausbau eines zusätzlichen infrastrukturellen Einrichtungsmodells, das der **örtlichen Anlaufstellen**. Diese haben den Vorteil, Bürgerbeteiligung, Selbsthilfe und Lokale Agenda-Initiativen für sich zum Thema zu machen, weil sie die Nähe zu kommunaler Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern nutzen. Inzwischen arbeiten mehr als 100 solcher Anlaufstellen mit unterschiedlichen Konzepten und Namensgebungen von „Freiwilligenagentur“, über Bürgerbüro, Begegnungszentrum mit Seniorenbüros bis hin zur „WIRKstatt“. Gemeinsames Kennzeichen dieser Anlaufstellen ist die Bandbreite ihrer Arbeit. Sie arbeiten themenübergreifend und verfügen über eine **neutrale Trägerschaft** sowie ausreichend Personal- und Sachressourcen.

Alle Anlaufstellen haben mindestens **zwei oder mehrere Aufgabenbereiche**, wobei die Vermittlung von engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern, Öffentlichkeits- und Projektarbeit und die Vernetzung mit örtlichen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements die größte Bedeutung haben. **Örtliche Anlaufstellen in Baden-Württemberg helfen, eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen bzw. zu erhalten**. Zur Engagementkultur einer Bürgerkommune in Baden-Württemberg können u.a. auch Mentorinnen und Mentoren für Bürgerengagement gehören, die in vielen Feldern aktiv werden, z.B. bei der Begleitung von Jugendfreiwilligenprojekten nach dem Konzept „Jugend engagiert sich“ (jes-Konzept), bei der Stiftung von Kooperationen wie bürgerschaftlichen Initiativen mit Arbeitsgruppen der lokalen Agenda oder beim Zusammenführen unterschiedlicher Akteure – vom Sportverein, über Feuerwehr bis hin zu Kulturinitiativen.

Da bürgerschaftliches Engagement nicht herbeigeredet und erst recht nicht verordnet werden kann, gehört zu einer Engagementkultur in Baden-Württemberg auch die **Förderung einer Anerkennungskultur**. Diese Anerkennungskultur wird dadurch deutlich,

dass Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig an Entscheidungen beteiligt und ihnen Mitspracherechte (z.B. im Dialog mit Mandatsträgern) eingeräumt werden. Die baden-württembergische Stadt Nürtingen bietet hierzu phantasievolle und positive Beispiele. (vgl. Langfeld/Wezel/Wolf 2001).

#### 2.4.2 Das Beispiel Rheinland-Pfalz

Auch für die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat sich die Förderung des bürgerschaftliches Engagements während der vergangenen sechs Jahre zu einer Aufgabe von hoher politischer Priorität entwickelt. Zentrales Anliegen ist die grundsätzliche Schaffung und Bereitstellung von Ermöglichungsstrukturen, damit sich Teilhabe und Mitgestaltung engagementbereiter Bürgerinnen und Bürger verwirklichen lassen. So wurden u.a. die Mitspracherechte auf kommunaler Ebene (z.B. durch Änderung der Gemeindeordnung) und die rechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert (z.B. Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche, insbesondere für die unzähligen kleinen Initiativen, Gruppen und Projekte).

Die Schwerpunkte der Engagementförderung liegen auf der Unterstützung von Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenzentren, der Selbsthilfe, der Weiterbildung von Frauen im Ehrenamt, im Kinder und Jugendbereich (Aktionen mit dem Landesjugendring, Arbeitsgruppe „Kinderfreundliche Umwelt – Wasser und Natur erleben“), im Kultur- und Umweltbereich sowie im Seniorenmanagement. Rheinland-Pfalz geht dabei bisher den Weg der primären Förderung lokaler Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen.

Institutionelles Zentrum für die Vernetzung und Kooperation für das Gros der Aktivitäten innerhalb des bürgerschaftlichen Engagements ist die **Geschäftsstelle Ehrenamtsförderung**. Die vor fünf Jahren beim Innenministerium eingerichtete Geschäftsstelle unterstützt und fördert bereichsübergreifend neue Wege zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Sie ist Ansprechpartnerin für Ehrenamtliche, Organisationen, Verbände und sonstige Initiativen und organisiert Treffen zum Erfahrungs- oder Informationsaustausch. Von der Geschäftsstelle wird die konzeptionelle Arbeit mit der institutionellen Arbeitsgruppe Ehrenamt koordiniert, in der alle Ressorts der Landesregierung zusammenarbeiten. Ihrer Federführung unterliegen auch die Aktivitäten von „wir tun was – die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für Ehrenamt und Bürgerengagement“. Ebenso übernimmt die Geschäftsstelle Abstimmungsprozesse mit dem Runden Tisch Ehrenamt, in dem landesweite Organisationen und die kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung zusammenarbeiten. Darüber hinaus erstellt die Geschäftsstelle Ehrenamtsförderung Materialien (z.B. die Ehrenamtszeitung „wir-tun-

was“) und Fachinformationen zum Thema, berät Ehrenamtliche bei Einzelfragen und bei der Durchführung von kommunalen Projekten.

### **Besondere Bedeutung: Lokale Informations- und Beratungsstellen**

Eine besondere Rolle innerhalb dieser Engagementpolitik spielen die **lokalen Informations- und Beratungsstellen** für Ehrenamtliche, so genannte **Ehrenamtsbörsen**. Ihre Aufgabe ist u.a. die organisationsübergreifende, neutrale, qualifizierte Beratung und Begleitung von Ehrenamtlichen und bürgerschaftlich Engagierten. Das Ministerium des Innern unterstützt und fördert insbesondere die Gründung und den Aufbau von lokalen Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen mit vielfältigen Maßnahmen (Zuschüsse für Veranstaltungen, zur Öffentlichkeitsarbeit, zu Qualifizierungsmaßnahmen vor Ort, zu Internetzugängen). Darüber erhalten sowohl herausragende Einzelprojekte von Organisationen und Verbänden Fördergelder als auch bereichsübergreifende Einzelprojekte auf kommunaler Ebene (Einzelprojektförderung).

Auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung gewinnt die Stärkung von bürgerschaftlichem und nachbarschaftlichem Engagement in Rheinland-Pfalz immer mehr an Bedeutung. So hat im Bereich des Seniorenmanagements insbesondere die Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ beim Sozialministerium seit ihrer Gründung vor zehn Jahren eine Vielzahl von Aktivitäten für und mit Seniorinnen und Senioren in Gang gesetzt, die auch 2004 gemeinsam mit den landesweiten Kooperationspartnern fortgeführt werden. Im Mittelpunkt stehen die Unterstützung und Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen für ältere Menschen, Fortbildungsangebote (z.B. zur Internetnutzung) und die Förderung der gesellschaftspolitischen Beteiligung von Seniorinnen und Senioren. Die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V. erhält ebenso finanzielle Zuschüsse wie die kommunalen Seniorenbeiräte. Neben verschiedenen Nachbarschaftsinitiativen und Seniorenbüros beteiligt sich Rheinland-Pfalz aktuell an dem Bundesmodellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen) an den Standorten Kaiserslautern, Ludwigshafen und Trier. Projektträger ist die Landesarbeitsgemeinschaft der Evangelischen Erwachsenenbildung. Besondere Aufmerksamkeit erhält in diesem Zusammenhang die Entwicklung von Integrations- und Hilfeangeboten für ältere Migrantinnen und Migranten. Hierbei geht es um Maßnahmen, die das Zusammenleben von älteren Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen fördern. Sie ergänzen Maßnahmen, die für ältere Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Qualitätsoffensive „Menschen pflegen“ entwickelt werden.

Außerdem gibt das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit in diesem Jahr ein „**Bürgergutachten**“ mit dem Titel „Miteinander der Generationen in einer alternden

Gesellschaft“ in Auftrag. Das Bürgergutachten wird in acht „**Planungszellen**“ erarbeitet. Eine Planungszelle ist eine Gruppe von 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für ca. eine Woche von ihren Verpflichtungen freigestellt werden und Lösungen für ein vorgegebenes Problem erarbeiten. Bei ihren Beratungen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch eine Moderation und durch – auch kontroverse – Inputs von Fachleuten unterstützt. Die Ergebnisse der Beratungen werden in einem „Bürgergutachten“ zusammengefasst. Das Gutachten soll als eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen genutzt werden (zur Planungszelle vgl. Dienel 2002 und 2003).

Daneben plant und koordiniert das **Referat „Gesellschaftliche Modernisierung in Rheinland-Pfalz“** in der Staatskanzlei besondere Ehrenamtsaktivitäten des Ministerpräsidenten. Mit der **Kampagne „Wir tun was“** soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Ehrenamts insgesamt verbessert werden. Dazu gehört u.a., die Zugangsmöglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement über das Internet weiter zu entwickeln. Die Homepage [www.wir-tun-was.de](http://www.wir-tun-was.de) hat sich dabei in den letzten drei Jahren zu der Kommunikationsplattform für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in Rheinland-Pfalz entwickelt. Im Zentrum der Website steht eine Datenbank, in der sich inzwischen an die 12.000 Vereine, Gruppen und Initiativen präsentieren. Diese nutzen selbst die Möglichkeit, ihr Profil ständig auf den neuesten Stand zu bringen und ihre Aktivitäten und Anliegen jedem zugänglich zu machen. Eine weitere Besonderheit der interaktiven Homepage ist der direkte Draht zur Landesregierung. Via E-Mail können Probleme, Fragen oder Anliegen rund ums bürgerschaftliche Engagement und die Politik der Landesregierung auf diesem Feld an einen erfahrenen und geschulten Mitarbeiter gestellt werden. Dieser antwortet nicht nur binnen kürzester Frist sachkundig und nimmt Stellung, sondern er erscheint in vielen Fällen als „trouble-shooter“ vor Ort, um Probleme im direkten Gespräch mit Beteiligten, Verwaltungen und Kommunen zu klären. Außerdem enthält die Website aktuelle Informationen zur Engagementpolitik (z.B. zu neuen Landes- und Bundesgesetzen), regionale- und landesweite Veranstaltungshinweise oder Fortbildungsangebote, Hinweise zu Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen sowie die Möglichkeit, sich an einem umfassenden Diskussionsforum zu beteiligen.

Schließlich hat sich auch das Land Rheinland-Pfalz die Schaffung einer Anerkennungskultur zum Ziel gesetzt. Dazu gehören nicht nur Landesverdienstorden, Sportplaketten, Auszeichnungen und Ehrenmitgliedschaften sowie die ermäßigte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, die Bevorzugung bei der Bereitstellung von Wohnraum oder die Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen. Hinzu kommen neue Formen der öffentlichen Kommunikation über das Thema bürgerschaftliches Engagement. Beispiel

hierfür ist eine mit internationalen Künstlern konzipierte Livesendung des SWR (erstmalig zu sehen im Jahr 2002, für Herbst 2004 in Planung). In der Fernsehgala erfuhren von der Bevölkerung ausgewählte Engagierte und ihre Projekte u.a. durch die Laudatio einer bekannten Persönlichkeit vor einem Millionenpublikum eine breite Anerkennung und Würdigung ihrer Leistungen.

## 2.5 Im Gespräch: Kooperation und Integration

Angesichts der schwierigen Haushaltslage bei Kommunen, Ländern und im Bund wird in der aktuellen Fachdebatte um die Förderung einer engagementförderlichen Infrastruktur diskutiert, ob es unter Umständen zu einer verstärkten Zusammenarbeit oder gar Zusammenlegung der unterschiedlichen Aufgabenbereiche der einzelnen Infrastruktureinrichtungen auf örtlicher Ebene kommen kann. In der aktuellen Fachdiskussion bestehen hierzu kontroverse Vorstellungen.

Speziell das ISAB-Institut in Köln setzt sich für die Umsetzung eines **integrativen Modells** ein. Darin ist vorgesehen, die unterschiedlichen Typen von Infrastruktureinrichtungen unter einem Dach zu *einer* Organisation mit dem Namen „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ zu verschmelzen. Diese neu aufzubauenden Büros sollen dann die Aufgaben von Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros gleichzeitig erfüllen (vgl. Braun/Bischoff/Abt 2000, S. 38f). Bei der Bewertung von solchen integrierten Konzepten herrschen in der gegenwärtigen Fachdebatte die Gegenargumente betreffs Profilverflachungen und Kompetenzüberlagerungen vor. Kritisiert wird die Erwartung, man könne mit der Vermischung von Freiwilligenagenturen bzw. -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros Synergieeffekte erzielen und öffentliche Mittel effektiver einsetzen. Diese Erwartung folge ausschließlich ökonomischen Gesichtspunkten (vgl. NAKOS Extra 33, 2003). Gefordert wird, dass fachliche und qualitative Ansprüche an die Arbeit dieser Einrichtungen die Argumentation leiten und die Leistungsgrenzen der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen erkannt werden sollten.

Auf der anderen Seite plädieren die Fachverbände der einzelnen Infrastruktureinrichtungen sowie auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags wegen der fachlichen Unterschiede engagementfördernder Einrichtungen für die weitere organisatorische Eigenständigkeit (vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002). Die drei Einrichtungsarten sollen danach nicht gleichzeitig kompetenter Ansprechpartner und Berater verschiedener Zielgruppen sein. Das Argument: Konzeptionelle Vorgehensweisen und die unterschiedlichen Leistungsspektren dieser Einrich-

tungen erfordern auch organisationsspezifische Qualifikationsprofile des jeweiligen Fachpersonals. Deshalb werden kooperative Konzepte der engagementfördernden Infrastruktur befürwortet, da sie unter Berücksichtigung der örtlichen Rahmenbedingungen den Erhalt des ausdifferenzierten Aufgabenprofils in eigenständigen, kooperierenden Einrichtungen ermöglichen.

In diesem Zusammenhang vertritt die Enquete-Kommission die Auffassung, dass sich „die Entwicklung einer effektiven engagementfördernden Infrastruktur auf die konkreten Erfordernisse sowie strukturellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Kommunen beziehen (muss).“ (Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002, S. 315) **In ihren Handlungsempfehlungen erkennt sie der Weiterentwicklung einer lokalen Infrastruktur zur Förderung des Bürgerengagements eine besondere Bedeutung zu. Empfohlen wird ausdrücklich der Auf- und Ausbau einer lokalen Infrastruktur zur Engagementförderung.** Die Kommission bevorzugt speziell den **Aufbau von Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros**, weil sie unterschiedliche Aufgaben erfüllen und unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Sie empfiehlt allerdings eine sehr viel stärkere Kooperation zwischen den bestehenden engagementfördernden Einrichtungen, um Synergieeffekte zu erzielen. In kleineren Gemeinden oder auch Landkreisen spricht sich die Kommission gegebenenfalls für die Koordination der unterschiedlichen Aufgaben unter einem Dach aus. Dabei sollen die Leistungsprofile der drei Einrichtungstypen erhalten bleiben. Anerkannt werden also die unterschiedliche Anforderungen, Kompetenzen und Wissensbestände der professionellen Fachkräfte.

Über diese verschiedenen Standpunkte hinaus ergibt sich **eine weitere, neue Perspektive**: Dort, wo keine Infrastruktur vorhanden ist, sollten neue Einrichtungen geschaffen werden, die auch den vorher beschriebenen Einrichtungstypus der lokalen Anlaufstelle in den Blick nehmen. Sie ergänzen den Kompetenzverbund aus Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, der die Infrastruktur insgesamt fördert. Zu beachten ist aber, dass lokale Anlaufstellen nicht das Potential von Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros haben, das diese über Jahre hinweg aufgebaut haben. Aus diesem Grund gilt, lokale Anlaufstellen nicht per se flächendeckend einzuführen. Wichtig ist der gegenseitige Nutzen aller Einrichtungstypen. **Die künftige Herausforderung liegt demzufolge darin, die Einrichtungen in einen gegenseitigen Austausch zu bringen, damit sie von den Erfolgen der jeweils anderen Einrichtung profitieren.**

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion ist zu klären, welchen Nutzen und welche Leistung engagementfördernde Einrichtungen tatsächlich für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Landkreise sowie die Wirtschaft erbringen. Nachfolgend sollen daher exemplarisch die Aufgaben- und Leistungsprofile der drei speziellen Einrichtungstypen – Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros – herausgearbeitet werden. Geklärt werden soll dabei auch, unter welchen Umständen Überschneidungen und Kooperationsmöglichkeiten bestehen.

---

### 3. Kompetent und effizient: Nutzen und Leistung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen

Aus Sicht einer bürgergesellschaftlichen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Förderstrategie ist wichtig aufzuschlüsseln, welchen Beitrag (spezielle) Infrastruktureinrichtungen für die gesellschaftliche Nachfrage nach Bürgerengagement leisten. In dieser Hinsicht können engagementfördernde Einrichtungen sehr viel tun, wie die vorangegangenen Beispiele belegen. So gibt es z.B. Ansätze bei einigen Freiwilligenagenturen, in Zusammenarbeit mit Schulen innovative Projekte wie „Ehrenamt macht Schule“ zu etablieren und damit die Institution der Schule oder Unternehmen für freiwilliges Engagement zu öffnen. Die Freiwilligenagentur tritt bei solchen Projekten als Ideengeber, Anschubinstanz und Begleiter auf und unterstützt die Schule dabei, solche für schulische Aufgabenprofile ungewöhnlichen Vorhaben zu wagen und auch zu meistern. Seniorenbüros unterstützen beispielsweise Runde Tische in den Kommunen und leisten einen Beitrag zur Vernetzung im Bereich der kommunalen Altenhilfe, Pflege und Engagementförderung für Ältere. Ähnliches gilt für Selbsthilfekontaktstellen, die durch ihre Mitwirkung an Runden Tischen in den Kommunen entscheidend die Gesundheitsprävention und Rehabilitation befördern.

Diese Beispiele belegen: Engagementfördernde Einrichtungen können weit mehr als nur zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Sie tragen erhebliche Entwicklungspotenziale in sich. Einerseits können sie fruchtbar werden als **Modernisierungsinstrumente sozialer Arbeit im Sinne von Empowerment und Selbstorganisationsförderung**. Sie sind wichtige Institutionen der aufgabenbezogenen Vernetzung lokaler Akteure, gesellschaftlicher Organisationen, Verbände und Vereinigungen. Mit ihrer Arbeit schaffen sie neue Kooperationspfade sowohl zwischen Menschen, die sich engagieren wollen, als auch zu Institutionen, die bei ihrem sozialstaatlichen Engagement auf zivilgesellschaftliche Aktionen angewiesen sind. Engagementfördernde Einrichtungen sind somit wichtige Berater und Begleiter von Projekten, die sich die Öffnung verschiedenster Institutionen und Einrichtungen für Beiträge und die aktive Mitwirkung Beteiligter und Betroffener zum Ziel gesetzt haben.

Der Vergleich der unterstützten Einrichtungen hat gezeigt, dass zum Teil sowohl Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Ausgangs- und Schwerpunkte als auch Besonderheiten

und Unterschiede hinsichtlich der Zielgruppe und Zielsetzungen entwickelt wurden. Unbestritten ist: Alle drei o.g. Einrichtungstypen fördern die wachsende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich selbstbestimmt, partizipativ und projektorientiert in Vereinen und Gruppen einzusetzen. Sie bieten motivierende und überzeugende Zugänge. Die folgenden Kapitel dokumentieren diesen Nutzen und die Leistungen der drei Infrastruktureinrichtungen in Form einer bewertenden Bestandsaufnahme für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Kommunen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welchen Anteil sie an einer lokalen Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements haben.

### 3.1 Für die Bürgerinnen und Bürger

Wie der Überblick über Infrastruktureinrichtungen und insbesondere der exemplarische Vergleich der Aufgaben von Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und lokalen Anlaufstellen gezeigt hat, haben einige Einrichtungen zwar ein ähnliches Aufgabenprofil entwickelt. Die fachlichen und inhaltlichen Besonderheiten sollten dabei aber nicht übergangen werden. Sie sind sowohl für die Bürger\*innen als auch für das Selbstverständnis und die Bedürfnisse der engagierten Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung. Eine Rolle spielt dabei auch, ob sich Menschen beispielsweise aufgrund einer gemeinsamen Betroffenheit in Selbsthilfegruppen zusammenschließen wollen oder ob sie sich aus Gründen der persönlichen Entwicklung sozial oder gesellschaftlich engagieren. Von Bedeutung ist außerdem, ob es sich um engagementbereite Jugendliche, Berufstätige oder Seniorinnen und Senioren handelt. Ebenfalls bedeutsam sind die örtlichen Gegebenheiten und Traditionen der Unterstützung, und dass ein Angebot für die Adressaten auch als solches kenntlich ist.

Der Nutzen von *Freiwilligenagenturen*, *-zentren* und anderen vergleichbaren Einrichtungen für Bürgerinnen und Bürger besteht darin, engagementbereite Menschen, die sich in gemeinnützigen Organisationen freiwillig engagieren möchten, zu informieren, zu beraten und zu vermitteln. Oft geht es auch darum, Formen der Vernetzung zu initiieren oder zu unterstützen oder eine bürgerschaftliche Öffnung von Organisationen und Institutionen (Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen u.a.) zu begleiten. Mit dieser Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des sozialen Klimas: Sie fördern **soziale Vernetzungen**, tragen zur **Bewusstseinsbildung** bei und ermöglichen **neue Formen des freiwilligen Engagements und der gesellschaftlichen Teilhabe**. Freiwillig Engagierte finden in Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbaren Einrichtungen eine **Plattform für ihre Meinungen und Interessen** oder eine **Werkstatt für neue soziale Aktionen**. Die gestiegene Flexibilität und Mobilität engagierter Bürgerinnen

und Bürger stellt die Freiwilligenagenturen, -zentren und andere vergleichbare Einrichtungen dabei vor neue Herausforderungen. Bürgerschaftliches Engagement ist für immer weniger Menschen eine dauerhafte Größe: Sie wollen oder können nicht mehr unbedingt ein Leben lang in einem Feld oder für eine Organisation tätig sein. Ihr Engagement ist stärker als bisher von verschiedenen Faktoren wie Lebens-, Arbeits- und/oder Familienphasen abhängig. Auch thematische Betroffenheiten oder Zeitressourcen spielen eine Rolle. Auf diese zunehmend stärker werdende Bewegung des Ein- und Aussteigens reagieren Freiwilligenagenturen und -zentren, indem sie Organisationen entsprechende Informationen, Beratung und Begleitung anbieten und damit den Bürgerinnen und Bürgern den **Einstieg ins freiwillige Engagement oder die Arbeit darin erleichtern**.

Der Nutzen von *Selbsthilfekontaktstellen* für Bürgerinnen und Bürger besteht darin, dass sie in ihnen einen zentralen Ort finden, an dem sie sich als Ratsuchende mit den unterschiedlichsten Anliegen auf der Suche nach selbstbestimmten Hilfe- und solidarischen Handlungsmöglichkeiten wenden können. Themenschwerpunkte der Selbsthilfe sind Krankheit, Sucht, Behinderungen und psychische Probleme und damit verbunden die Bereiche der gesundheitlichen und sozialen Versorgung. Patientinnen und Patienten in schwierigen Lebens- und Entscheidungssituationen suchen nicht nur den professionellen Rat ihrer Ärzte oder anderer Fachleute. Insbesondere das in Selbsthilfegruppen zusammengetragene Wissen zum Umgang mit einer Krankheit, einem Problem, Erfahrungen mit bestimmten Behandlungs- und Bewältigungsmöglichkeiten im Alltag sind gefragt. Erfahrungswissen hat einen hohen Glaubwürdigkeitsbonus.

Für viele Menschen sind Selbsthilfekontaktstellen daher der zentrale Ort, um an **erlebte Patienteninformationen** zu gelangen, um für sich und andere Menschen **präventive und gesundheitsförderliche Strategien** zu entwickeln oder den **Erfolg einer Rehabilitationsmaßnahme** zu stabilisieren (etwa einem Rückfall bei einer Suchterkrankung vorbeugen). Zugleich bieten Selbsthilfekontaktstellen den Rahmen und unterstützen dabei, neue soziale Beziehungen, Selbstvertrauen und Handlungskompetenzen aufzubauen. Dies vermag sowohl die Alltagsbeziehungen, z.B. in den Familien, zu entlasten, die soziale Integration zu verbessern, als auch Energien und Mut zu mobilisieren, auf gesellschaftliche und politische Lebensumstände Einfluss zu nehmen. Den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sie die Bearbeitung von sozialen und gesundheitlichen Problemen gemeinsam mit anderen Betroffenen. **Selbsthilfekontaktstellen bilden den Rückhalt, um gemeinschaftlich die individuellen Fähigkeiten zur Bewältigung von Lebenskrisen zu stärken und die sozialen Kompetenzen zum selbstorganisierten Handeln im Gemeinwesen und in der Gesellschaft zu erweitern.**

Der Nutzen von *Seniorenbüros* kommt der wachsenden Bevölkerungsgruppe der Älteren sowie der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger zugute. In Bezug auf Ältere verbessern Seniorenbüros durch ihre Engagementförderung die individuelle Lebensqualität und leisten dadurch auch einen Beitrag zur **Gesundheitsförderung bzw. -prävention**. Besonders hochbetagten, pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren kommt die Förderung und Unterstützung des freiwilligen Engagements durch Seniorenbüros zugute. Schließlich können durch die Mitwirkung engagierter Älterer in der Altenarbeit der Kommune versorgende und betreuende Angebote für ältere Menschen verbessert werden. Alltagshilfen wie z.B. Handwerks- und Besuchsdienste werden so erschlossen und besser genutzt. Der Vorteil für die Älteren: Sie lernen Seniorenbüros als zentrale Anlaufstelle kennen, die ihnen Informationen zu verschiedenen Anliegen geben kann. Darüber hinaus repräsentieren Seniorenbüros ein **neues Modell offener Altenarbeit und Pflege**, das den Interessen der vielen Älteren gerecht wird, die selbst aktiv werden möchten und sich durch herkömmliche Angebote nicht angesprochen fühlen. Denn: Die Seniorenbüros entwickeln **neue, zukunftssträchtige Formen des sozialen Engagements**. Beispielsweise initiieren Seniorenbüros generationsübergreifende Projekte wie Zeitzeugen im Geschichtsunterricht oder Kooperationsprojekte mit Jugendtreffs. Besonders beliebt sind Interessengruppen für Ältere, z.B. Computer-Selbsthilfegruppen, durch die Ältere einen Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln entwickeln und nutzen können. Sie erwerben Medienkompetenz und bleiben so von gesellschaftlichen Entwicklungen nicht ausgeschlossen. Seniorenbüros sind darüber hinaus Orte der Begegnung und selbstorganisierten Seniorenbildung (Literaturkreise, Sprachzirkel etc.).

Der Nutzen *lokaler Anlauf-, Informations- und Beratungsstellen* besteht darin, noch nicht aktive Bürgerinnen und Bürger zum bürgerschaftlichen Engagement zu ermutigen. Ihnen werden themenübergreifend Möglichkeiten eines zu ihnen passenden Tätigkeitsfeldes mit gesicherten Rahmenbedingungen vermittelt oder sie bekommen Hilfe bei der Gründung von Projekten. Über diese Vermittlungstätigkeit hinaus erhalten Menschen, die sich bereits in Vereinen, Initiativen oder Projekten engagieren, Unterstützung in Form von Beratung, Fortbildung, Anerkennung u.v.m. **Von Vorteil für Engagementinteressierte erweist sich dabei, dass die Anlaufstellen vernetzte, am lokalen Bedarf orientierte Einrichtungen** und nicht auf sich allein gestellt sind.

### 3.2 Für die Kommunen und Länder

Engagementfördernde Einrichtungen bilden wichtige Knotenpunkte in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort aufgrund ihrer in der Regel guten Vernet-

zung, und weil sie mit anderen Einrichtungen vor Ort zusammenarbeiten. Sie bewirken die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft und deren Beteiligung, insbesondere auch von Menschen, die durch Erwerbslosigkeit, Migration, Behinderung u.a. aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt werden. Die am Engagement beteiligten Akteure – Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Hand, Wirtschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände – sind bereit, neue Rollen und Verantwortlichkeiten gemeinsam zu entwickeln und zu übernehmen. **Die Kommune profitiert dabei von der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, von ihrer dadurch entstehenden Bindung und Integration in ein funktionierendes Gemeinwesen.** Indem sich Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren und beteiligen können, tragen sie zur Lösung sozialer Probleme wie z.B. der Integration von Migrantinnen und Migranten oder der Pflege älterer Menschen bei.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei o.g. speziellen Einrichtungstypen zu wichtigen „**Lotsen**“ des **Bürgerengagements** entwickelt. Mit ihrem Know-how, ihrem Zugang und ihrer Akzeptanz übernehmen z.B. Freiwilligenagenturen, -zentren und andere vergleichbare Einrichtungen schon jetzt eine zentrale Aufgabe. Durch ihre bereichs-, themen-, milieu- und generationsübergreifende Arbeit leisten sie den dringend benötigten **Beitrag zur Innovation bestehender kommunaler Einrichtungen** (Projekte, Institutionen, Organisationen, Verbände, Verwaltungen) sowie zur Integration neuer und traditioneller Formen des freiwilligen Engagements. Als Knotenpunkte zur Vernetzung der örtlichen engagementfördernden Infrastruktur haben Freiwilligenagenturen und -zentren ein hohes Entwicklungspotential für innovative Projekte. Sie betätigen sich auf vielfältige Weise als **Ideen- und Impulsgeber für freiwilliges Engagement – für kommunales und auch für Unternehmensengagement** (Corporate Citizenship und Corporate Volunteering).

Durch *Selbsthilfekontaktstellen* entsteht in den Kommunen ein **Netzwerk der verschiedenen beteiligten Akteure**, angefangen von Professionellen aus dem medizinischen und sozialen Bereich bis hin zu Politikerinnen und Politikern. Das heißt, die von Selbsthilfekontaktstellen geförderte gemeinschaftliche Selbsthilfe hat auch einen gesellschaftlichen Nutzen für die Kommune. Sie trägt zur **Erschließung neuer Hilfe- und Beteiligungspotenziale durch die Entwicklung und Stärkung informeller Netze** bei. Professionelle Dienstleistungen werden ergänzt und ihre Wirksamkeit erhöht. Für die Kommune erweist sich als nützlich, dass Selbsthilfekontaktstellen durch ihre Engagementförderung die individuelle Lebensqualität der beispielsweise von Krankheit, Sucht oder Behinderung Betroffenen und deren soziale Handlungskompetenz verbessern. Damit leisten Selbsthilfekontaktstellen einen wichtigen **Beitrag zur Gesundheitsförderung, Präven-**

**tion und Rehabilitation im Feld der gesundheitlichen und sozialen Versorgung.** Die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe führt in aller Regel zu mehr Kompetenz im Umgang mit einer Erkrankung, einem Suchtproblem, einer Lebenskrise. Das hat oft eine gezieltere (und damit verminderte) Inanspruchnahme von ambulanten und stationären Diensten zur Folge, verbessert die Zusammenarbeit mit Versorgungseinrichtungen und – vermittelt über die Öffentlichkeitsarbeit – die Aufklärung der Bevölkerung. Die Beratung und Information von Selbsthilfekontaktstellen für interessierte Bürgerinnen und Bürger über Selbsthilfegruppen, die Hilfe bei der Gründung neuer Gruppen und die Beratung bereits bestehender Gruppen **fördert auch das solidarische Miteinander und die Kooperation mit anderen Akteuren vor Ort.** Forschungsergebnisse und -berichte von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Selbsthilfegruppen belegen, dass Selbsthilfegruppenmitglieder aktiver, selbstbewusster und weniger depressiv sind als andere Menschen in vergleichbaren Lebenslagen. Selbsthilfegruppen wirken somit der gesellschaftlichen Isolation ihrer Mitglieder entgegen und regen dazu an, sich für sich selbst und andere Menschen bürgerschaftlich einzubringen. Damit leisten Selbsthilfekontaktstellen einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens.

*Seniorenbüros* erbringen in vielen Gemeinden direkte **Serviceleistungen für die kommunale Altenarbeit.** Dazu gehören die Ausgabe von Seniorenratgebern, Informationen über Angebote der offenen und stationären Altenhilfe sowie die Mitwirkung an der kommunalen Altenhilfeplanung. Seniorenbüros geben Impulse, die zu einer verbesserten Wahrnehmung der Ansprüche von Älteren durch die kommunalen Entscheidungsträger führen. Sie tragen zu einer Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements bei, weil sie hierfür die Rahmenbedingungen verbessern, z.B. durch die öffentliche Anerkennung des Engagements, durch Fortbildungsangebote, durch personelle Unterstützung oder durch das Bereitstellen von Räumlichkeiten. Außerdem ermöglichen Seniorenbüros eine **stärkere Einbeziehung der Älteren in das kommunalpolitische Geschehen.** So können z.B. seniorenspezifische Anliegen in die Verkehrsplanung des öffentlichen Personennahverkehrs oder in die Planung von Einkaufsmöglichkeiten besser eingebracht werden. Seniorenbüros verfügen über spezifische Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Bedürfnisse und Kompetenzen älterer Menschen, die kontinuierlich in die Seniorenarbeit und in die Stadtplanung bzw. -entwicklung einfließen. Dieser altenpolitische und gesellschaftliche Nutzen wird von vielen politischen Akteuren wie z.B. Amtsleitern, Sozialdezernenten von Kommunen, Altenhilfereferenten der Länder, Seniorenvertretern u. a. anerkannt (vgl. Braun, J., 1997) Darüber hinaus werden Freiwillige in zunehmendem Maße als Experten anerkannt und in Anspruch genommen (siehe Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ EFI).

Für die Kommune erweist sich auch als nützlich, dass Seniorenbüros durch ihre Engagementförderung die individuelle Lebensqualität der Älteren verbessern und damit auch einen Beitrag zur Gesundheitsförderung bzw. -prävention leisten. Ihre Förderung des solidarischen Miteinanders wirkt der oft zunehmenden Vereinsamung im Alter und der Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegen. Ferner erschließen Seniorenbüros neue Ressourcen für die Altenarbeit im Bereich der kommunalen Sozialpolitik, da viele Aufgaben durch Ältere selbstorganisiert wahrgenommen werden können (z.B. Mithilfe von Älteren bei der Kinderbetreuung, in Museen, Gesprächskreise für ältere Migrantinnen).

Mit ihrem Nutzen und ihren Leistungen stehen Seniorenbüros dabei nicht in Konkurrenz zur herkömmlichen Altenarbeit in Verbänden der freien Wohlfahrtspflege. Indem sie die Zusammenarbeit mit den Verbänden suchen und interessierte Ältere in freiwillige Tätigkeiten vermitteln, tragen die Seniorenbüros zum Ausbau und zur **effektiveren Gestaltung der Altenarbeit in der Kommune** bei. Durch diese Koordination und leistungsorientierte Vernetzung bestehender Einrichtungen in der Altenhilfe werden **vorhandene Ressourcen besser genutzt** und das **Zusammenspiel im Interesse der Älteren verbessert**.

*Lokale Anlauf-, Informations- und Beratungsstellen* tragen zur Unterstützung bzw. Stabilisierung des vorhandenen Engagements bei oder wecken es. Diese Netzwerke **stiften Kooperationen** zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalverwaltung, Gemeinderat, freien Trägern und Unternehmen. Sie wirken dort, wo Menschen bereit sind, neue Formen der Verantwortungsübernahme für kommunale Aufgaben zu entwickeln und auszuüben. Sie schaffen Kontakte zwischen unterschiedlichen Engagementbereiten (von Vereinen, über selbstorganisierte Projekten bis hin zum politischen Ehrenamt), die sich austauschen, Kräfte bündeln und gemeinsam Initiativen entwickeln können. Der Nutzen lokaler Anlaufstellen für Kommunen und Länder zeigt sich in ihrer Funktion als **Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft**, zwischen der örtlichen Ebene und den Unterstützungsmöglichkeiten, die auf Landesebene von Netzwerken, Ministerien oder Verbänden angeboten werden. Fördermöglichkeiten, Modellprogramme oder Fachwissen können so für die Entwicklung vor Ort (besser) genutzt werden.

### 3.3 Aktuelle Aspekte

Die herausgearbeiteten Arbeitsbereiche und -profile von Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros sowie die Beispiele einer erfolgreichen Engagementförderung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben eines

zeigt: eine **enge Kooperation** von Infrastruktureinrichtungen – insbesondere der drei dargestellten Einrichtungstypen und lokalen Anlaufstellen – erscheint in einigen Punkten sehr sinnvoll. Konzeptionell bietet sich eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Freiwilligenagenturen, -zentren und anderen vergleichbaren Einrichtungen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros an, z.B. bei der Nutzung räumlicher und technischer Ressourcen räumliche Nähe der beiden Bereiche herstellen, bei der Öffentlichkeitsarbeit – gemeinsam betreiben, bei der konzeptionellen Arbeit – in Bezug auf die Gewinnung Ehrenamtlicher für die organisatorische Unterstützung bzw. für die Arbeit in Selbsthilfegruppen sowie bei der Initiierung von Kooperationsangeboten.

### **Kooperation statt Konfrontation**

Bürgerschaftliches Engagement lebt von und in Netzwerken. Sie sind stabiler als lineare Strukturen, weil sie ausdifferenzierter, vielfältiger sind und wachsen. Partnerschaften, Kooperationsstrukturen und Bündnisse sind deshalb sehr gut geeignet, freiwilliges engagiertes Handeln zu unterstützen. Aus diesem Grund sollte engagementfördernde Politik noch stärker die Förderung von Netzwerken bedenken und betreiben. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Arbeitsfelder, Zielgruppen, Nutzen- und Leistungsprofile engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen erweisen sich deshalb **kooperative Modelle** für eine professionelle und verlässliche Infrastruktur als **erfolgversprechend** – solange dies nicht auf ein „Amalgam“ aller Einrichtungen hinausläuft. Unter Berücksichtigung der örtlichen Rahmenbedingungen ermöglichen sie die Stabilisierung, Entwicklung und Erweiterung des ausdifferenzierten Aufgabenprofils in eigenständigen, kooperierenden Einrichtungen. Dafür sprechen Beispiele wie das Aktivoli-Netzwerk in Hamburg, bei dem Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros bereits erfolgreich Hand in Hand zusammenarbeiten.

---

## **4. Stabilisieren und stärken: Innovation und Investition in engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen**

### **4.1 Nicht zum Nulltarif: Fördersituation und -bedarf**

Die überwiegende Mehrheit der Kommunen ist bereits jetzt damit überfordert, infrastrukturelle Einrichtungen und Angebote zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements allein zu finanzieren. Diese Situation wird sich in Zukunft weiter verschärfen. Aus diesem Grunde haben sich bereits in der Vergangenheit diverse Formen und Wege der Mischfinanzierung der unterschiedlichen Typen von Infrastruktureinrichtungen herausgebildet. An ihnen waren oder sind Kommunen, einzelne Länder, weitere Institutionen (wie etwa Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen etc.) und auch der Bund (soweit Bundesprogramme existierten) beteiligt. Sowohl der Bund als auch die Länder haben in diesem Zusammenhang zumeist die Form einer Anschub- oder Modellförderung gewählt.

Ein Großteil der Infrastruktureinrichtungen arbeitet schon heute auf Grundlage solcher Mischfinanzierungen. In Zukunft werden solche Mittel noch wichtiger, um nicht nur auf öffentliche Gelder angewiesen zu sein. Hier bietet sich insbesondere für Freiwilligenagenturen und -zentren wegen ihrer themen- und organisationsübergreifenden Vermittlungserfahrung, ihrer starken lokalen Vernetzung und ihrer Expertenrolle für Bürgerengagement ein neues Aufgabenfeld. Dafür sprechen erste Ansätze und Projekte, bei denen Freiwilligenagenturen oder -zentren eine Mittlerrolle zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen im Rahmen von Corporate-Volunteering-Aktivitäten entwickelt und übernommen haben.

#### **Fördersituation**

Nahezu alle Bundesländer beteiligen sich inzwischen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – an der Förderung von Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Nachbarschaftszentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Diese Förderung kann unterschiedliche Formen annehmen. Sie kann von der Aufbau- und Entwicklungsberatung durch Landesagenturen über die Vermittlung übergreifender finanzieller Fördertöpfe bis hin zur Landesförderung durch Anschub- und Projektfinan-

zierung, Mitfinanzierung etc. reichen. So wurden im Jahr 2003 in zwölf von 16 Bundesländern örtliche Selbsthilfekontaktstellen, allerdings in sehr unterschiedlichem Umfang, und in NRW, Niedersachsen und Bayern landeszentrale Einrichtungen zur Koordination der Selbsthilfeunterstützung gefördert. In anderen Bundesländern bestehen Programme der Anschubfinanzierung von „Ehrenamtsbörsen“ oder „Anlaufstellen“, wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz oder die „Landesehrenamtsagentur“ in Hessen. Andere Länder haben eine befristete Modellförderung für Freiwilligenagenturen, in NRW beispielsweise im Seniorenbereich, aufgelegt. Dies hat allerdings inzwischen dazu geführt, dass vor allem die neu entstandenen Freiwilligenagenturen nach dem Auslaufen solcher Modellfördermaßnahmen ihre finanzielle Absicherung verlieren und deshalb in vielen Fällen ihre Pforten wieder schließen müssen.

Derzeit reicht die Bandbreite der Trägerschaften für alle Infrastruktureinrichtungen von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege über einen oder mehrere kleine Vereine bis hin zu kooperativen Trägerschaften von Verbänden und Vereinen. Auch Kommunen treten als Träger auf oder sind an kooperativen Trägerschaften beteiligt. Freiwilligenagenturen und -zentren werden häufiger von Verbänden und Vereinen, darunter mehr konfessionellen Verbänden wie Caritas oder Diakonie, getragen. Bei ihnen ist die kommunale Trägerschaft geringer ausgeprägt. Für die Selbsthilfekontaktstellen sind kleine Trägervereine und die Wohlfahrtsverbände, besonders der Paritätische Wohlfahrtsverband bzw. dessen Mitgliedsorganisationen, aber auch die Gesundheitsämter die wichtigsten Träger. Träger von Seniorenbüros sind dagegen am häufigsten Kommunen, was besonders für den ländlichen Bereich typisch ist. An zweiter Stelle stehen Wohlfahrtsverbände.

Das heißt zusammengefasst, dass die Förderlandschaft aller drei Einrichtungstypen derzeit einem Flickenteppich gleicht. Im Vergleich zu Freiwilligenagenturen und -zentren sind Selbsthilfekontaktstellen und kommunal verankerte Seniorenbüros häufig besser abgesichert. Der Grund dafür liegt darin, dass viele schon länger bestehen, ein eindeutiges fachliches Profil entwickeln und sich im Gemeinwesen stabiler verankern konnten. Dennoch bewegt sich die Finanzierung aller drei Typen von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen gegenwärtig auf dünnem Eis. Außerdem sind die Formen der Förderung keinesfalls einheitlich abgestimmt oder gefestigt. Die Personaldecke in den Einrichtungen reicht von einer halben bis maximal drei bis vier Stellen. Die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte erschwert immer mehr die angemessene Förderung. In den neuen Bundesländern kommt noch das Problem der hohen Mitarbeiterfluktuation durch ABM/SAM bzw. der Einbruch von Strukturen durch die Beendigung von Beschäftigungsförderprogrammen hinzu.

Beispielhaft lässt sich die Fördersituation im Bereich der Selbsthilfekontaktstellen darstellen. Wesentlich ist hier ein Fördermix von öffentlicher Hand (Kommunen und Länder) und Sozialversicherungen (gesetzliche Krankenkassen und gesetzliche Rentenversicherungsträger). Eingesetzt werden vielfach auch Eigenmittel und mancherorts Lotteriemittel. Finanzmittel von Stiftungen und von Unternehmen im Rahmen von Sponsoring spielen kaum eine Rolle. Einnahmen in nennenswertem Umfang gibt es nicht, da die Angebote kostenlos sind. Circa 80 % der Selbsthilfekontaktstellen werden durch die öffentliche Hand im Rahmen freiwilliger Leistungen gefördert (Quelle: NAKOS). Die Förderung durch die gesetzlichen Rentenversicherungsträger ist ebenfalls eine freiwillige Leistung und steckt noch in den Anfängen. Im Jahr 2003 erhielten elf Selbsthilfekontaktstellen Finanzmittel von den Landesversicherungsanstalten. Für die gesetzlichen Krankenkassen wiederum ist die Förderung der Selbsthilfekontaktstellen nach § 20 Abs. 4 SGB V seit dem Jahr 2000 verpflichtend geregelt. Das Fördervolumen ist seit Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung deutlich angestiegen, ohne jedoch den vom Gesetzgeber vorgesehenen Finanzrahmen auszuschöpfen. Dennoch erhalten inzwischen fast alle Selbsthilfekontaktstellen eine Förderung. Der durchschnittliche Anteil von Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung an der Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen belief sich im Jahr 2003 auf 30 % (NAKOS Info 78, Berlin 2004, S. 13). Zugleich werden allerdings die nicht gesetzlich fixierten „freiwilligen“ Leistungen der öffentlichen Hand zurückgefahren: So nahm beispielsweise die Förderung durch die Bundesländer trotz steigender Zahl von Selbsthilfekontaktstellen in den letzten Jahren kontinuierlich ab und zwar von mehr als 5 Mio. € im Jahr 1999 auf knapp 4,4 Mio. € im Jahr 2003 (vgl. NAKOS Paper 5, S. 6).

Aufgrund der Finanzkrise der öffentlichen Hand ist zu befürchten, dass die Förderung von Infrastruktureinrichtungen als freiwillige kommunale Leistung in den nächsten Jahren noch weiter zurückgefahren wird. **Ohne eine öffentliche Basisfinanzierung droht jedoch vielen bewährten Einrichtungen das Aus.** In Anbetracht der noch oft fehlenden Einsicht, dass die Anregung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe keine ausschließliche Aufgabe der gesellschaftlichen Selbstorganisation allein sein kann, bedarf es eines gemeinsamen Kraftakts aller gesellschaftlichen Akteure. Das bedeutet, dass für eine dauerhafte und stabile Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen, Sozialversicherungen, Verbänden, Stiftungen und der Wirtschaft nötig sind.

## Förderbedarf

Der entscheidende Punkt in der aktuellen Finanzdiskussion ist häufig die Frage, ob für die genannten Einrichtungstypen Mittel für professionelles Personal bereitgestellt werden müssen. Dass der Einsatz beruflichen Personals in der Logik der Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements liegt, solche Einrichtungen also aus unterschiedlichen Gründen nicht selbst wiederum ehrenamtlich betrieben werden sollten, wollen noch nicht viele politische Entscheidungsträger wahrhaben.

**Bürgerschaftliches Engagement lässt sich aber nicht ohne eine grundsätzliche öffentliche Finanzierung bewältigen.** Die Entfaltung einer neuen Kultur bürgerschaftlichen Engagements auf der Grundlage einer professionellen lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement ist eine **Gemeinschaftsaufgabe von öffentlicher Hand, Privatwirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden sowie Sozialversicherungen**. Sie kann nur gelingen, wenn für professionelle und verlässliche Arbeit wie Konzeptions- und Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Fortbildung, Qualitätssicherung, Netzwerkarbeit, Arbeitsfeldentwicklung und -begleitung sowie für die Kooperation der Infrastruktureinrichtungen ausreichend Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Um die Engagementförderung auf ein verbindliches und kontinuierliches Fundament zu stellen, sind qualifizierte, berufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig.

Ohne einen solchen Rahmen, der durch eine Basisfinanzierung und eine Kontinuität bei einem Teil des Personals gewährleistet wird, ist eine professionelle und qualitativ anspruchsvolle Engagementförderung nicht möglich. Ohne diese Investition und Sicherung droht die Erosion der begründeten Standards, werden Kontinuität und Weiterentwicklung der Engagementförderung verhindert.

## 4.2 Förderpolitische Konsequenzen und Empfehlungen

Soll das ehrgeizige Projekt einer Bürgergesellschaft nicht bereits in den Ansätzen versanden, müssen Bedingungen und Unterstützungsformen für die lokale Infrastruktur weiter entwickelt werden. Aus den Erkenntnissen über Nutzen und Leistung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen für bürgerschaftliches Engagement lassen sich folgende förderpolitisch-strategische Konsequenzen und Empfehlungen für Kommunen, Länder und Bund gewinnen:

### **1. Infrastruktureinrichtungen grundständig und nachhaltig fördern**

Infrastruktureinrichtungen, die eine gezielte Engagementförderung professionell, verlässlich und kompetent betreiben, benötigen eine grundständige Finanzierung mit verbesserten Möglichkeiten von Mischfinanzierungen. Dafür sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. *Vorschlag*: Beteiligung der Kommunen und Länder an den Kosten engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen, die über eine Anschub- oder Modellfinanzierung hinausgehen. Nötig ist eine grundständige, nachhaltige Förderung von Infrastruktureinrichtungen mit eigenständigem Profil.

### **2. Auf- und Ausbau engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen**

Um bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren, bedarf es der Förderung und Unterstützung bereits bestehender Infrastruktureinrichtungen, deren Kooperation und Vernetzung sowie fachlichen Weiterentwicklung. *Vorschlag*: Länder sollten Kommunen, Städte, Landkreise und Verbände zum Auf- und Ausbau von engagementfördernden Einrichtungen anregen und dabei unterstützen.

### **3. Kooperation statt Integration von Infrastruktureinrichtungen**

Bürgerschaftliches Engagement lebt von und in Netzwerken, von ihrer Vielfalt und ihrem Entwicklungspotenzial. Partnerschaften, Kooperationsstrukturen und Bündnisse sind sehr gut geeignet, freiwilliges engagiertes Handeln zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Arbeitsfelder, Zielgruppen, Nutzen- und Leistungsprofile engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen erweisen sich daher kooperative Modelle für eine professionelle und verlässliche Infrastruktur als erfolgversprechend. Aus diesem Grund sollte engagementfördernde Politik noch stärker die Förderung von Netzwerken bedenken und betreiben.

### **4. Engagementförderung in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen als Gemeinschaftsaufgabe empfinden und verstehen**

*Vorschlag*: Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements, der öffentlichen Hand, der Wirtschaft, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden sowie die Unterstützung der Kooperation und Vernetzung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen vor Ort. So könnten Länder beispielsweise Rahmenverträge mit engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen über die Organisation von Leistungen abschließen (Beispiel hierfür ist u.a. das Land Rhein-

land-Pfalz, das mit Freiwilligenzentren zur Organisation der Nachmittagsbetreuung von Schulen einen Vertrag geschlossen hat).

Zur Engagementförderung als Gemeinschaftsaufgabe sollten gehören:

- o die Projektförderung: z.B. die Stabilisierung von Freiwilligenagenturen, -zentren und anderen vergleichbaren Einrichtungen durch eine modellhafte Bundesförderung, die sich an den Programmen für die Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros orientiert. Insgesamt sollte die Projektförderung durch mehrere Ressorts erfolgen (BMGS, BMFSFJ, BMWA)
- o die Umsetzung der gesetzlich festgeschriebenen Selbsthilfeförderung als Gemeinschaftsaufgabe von öffentlicher Hand und Sozialversicherungsträgern.

## **5. Mehr Miteinander statt Nebeneinander**

Engagementförderung ist dann erfolgreich, wenn es bereichsübergreifend, trägerneutral und vernetzt in Kooperation mit anderen Förderern erfolgt. *Vorschlag*: Notwendig ist eine viel stärkere Einbindung der Einrichtungen in das Gemeinwesen. Dies umfasst die stärkere Kooperation und Kommunikation der Kommunen, Städte, Landkreise und Länder mit engagementfördernden Einrichtungen, um einheitliche Standards zu schaffen.

- o Die Entwicklung der Infrastruktur bedarf einer stärkeren Kooperation der Länder und des Bundes, z.B. bei der Entwicklung der Unfallversicherung, um die Rahmenbedingungen der Engagierten zu verbessern.
- o Auch die Entwicklung der Infrastruktureinrichtungen profitiert von einer stärkeren Kooperation. Engagementförderung ist dann erfolgreich, wenn sie Hand in Hand erfolgt. *Vorschlag*: Eine abgestimmte Praxis der Engagementförderung und ihrer fachlichen Qualität. Denn: Um die Entwicklung der Infrastruktur voranzutreiben, wird es insbesondere auch auf den Erfahrungsaustausch der verschiedenen Einrichtungstypen ankommen.

## **6. Nutzen und Leistung einer intensiven Engagementförderung verstärkt vermitteln**

*Vorschlag*: Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements – Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen – sollten Nutzen und Leistung einer intensiven Engagementförderung besser vermittelt werden. Dies kann z.B. durch spezielle Medienpakete (vgl. Freiwilligen Agenturen, Börsen, Zentren, 2002) oder durch bekannte Persönlichkeiten und Mandatsträger geschehen, die der Idee der Engagement-

förderung aufgeschlossen gegenüberstehen, weil ihnen der Nutzen dieses Engagements und der engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen bewusst ist. Die Basis für eine effektive Engagementförderung ist die Offenheit und die damit verbundene Öffnung von Politik und Verwaltung, die den Nutzen von bürgerschaftlichem Engagement begreifen und wollen muss, damit es zu einer Entwicklung bzw. Ausweitung der Bürgergesellschaft kommt.

## **7. Verbesserung der Anerkennungskultur**

Die Entwicklung einer Kultur der Anerkennung ist einer der wichtigsten Hebel zur Förderung und Stimulierung weiteren bürgerschaftlichen Engagements auf Landes- und Kommunalebene. Eine differenzierte Anerkennungskultur vermittelt Bürgerinnen und Bürgern, dass es auf sie und ihren Beitrag zum Erfolg eines Vorhabens ankommt. Angemessene Formen der Anerkennung fragen nach den Motiven der Engagierten, nach ihren Bedürfnissen und Wünschen. Eine differenzierte Anerkennungskultur lässt Selbstorganisation nicht nur zu. Sie beinhaltet die aktive Unterstützung und schafft die förderlichen Rahmenbedingungen für Engagement. Infrastruktureinrichtungen übernehmen hier eine Brückenfunktion. Sie sind wichtiger Bestandteil einer glaubhaften Anerkennungskultur, da sie ein leistungsstarkes, spürbares und nachhaltiges Angebot für Bürgerinnen und Bürger stellen. Sie zu stützen und zu verstärken sollte daher ein wichtiges Anliegen einer erfolgreichen Engagementförderung sein.

## **8. Neue und themenorientierte Projekte und Kooperationspartner fördern**

Diese können in Zukunft durch die mögliche Weiterentwicklung der Freiwilligendienste entstehen. *Vorschlag*: Sollten in diesem Zusammenhang generationsübergreifende Modellprogramme entwickelt werden, so wären Freiwilligenagenturen, -zentren und vergleichbare Einrichtungen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros geeignete Partner.

Ein weiteres neues, zu förderndes Projekt könnte auch die Förderung bei der Übernahme von Koordinierungs- und Begleitaufgaben bürgerschaftlich engagierter Gruppen zur Entlastung pflegender Angehöriger sein, d.h. die Unterstützung so genannter nichtberuflicher Hilfesysteme.

---

## Resümee und Ausblick

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Innovationsbereich, weil es die Einmischung und Partizipation in öffentliche Angelegenheiten und Aufgaben sowie den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft befördert. Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen vor Ort haben sich zu wichtigen Türöffnern in der Bürgergesellschaft entwickelt und sind Kristallisationspunkte für mehr Eigenverantwortung, mehr Bürger- und Gemein Sinn geworden. Sie haben traditionell geprägte Wege für bürgerschaftliches Engagement aufgebrochen und nachhaltig ergänzt. Darin liegen der vielfältige Nutzen, die Leistung und das Entwicklungspotential der Einrichtungen. Dies gilt insbesondere für Kommunen, aber auch für Bund und Länder. Wer jetzt an diesem Kernpotential spart, bremst an der falschen Stelle. Sparen und innovative Wege gehen kann nur, wer zuvor investiert hat.

Für die Innovation und Investition in eine engagementförderliche Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen sollten deshalb die örtlichen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden. Einige Kommunen und Länder gehen schon den Weg einer primären Förderung lokaler Infrastruktureinrichtungen. Letztlich können die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen aber nur im engen Schulterschluss zwischen der öffentlichen Hand, Privatwirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden aufgenommen und geschultert werden. Gemeinschaftlich müssen die Rahmenbedingungen für den Weg in eine aktive Bürgergesellschaft gestaltet werden. Was den Infrastruktureinrichtungen konkret fehlt, ist eine Stärkung ihrer Rolle als Mittler und Entwickler. Dafür brauchen sie ausreichend Wissen und angemessene Ressourcen, eine bessere Vernetzung und die Abstimmung der unterschiedlichen vorhandenen Engagementformen.

Die vordringliche Aufgabe für die öffentliche Hand und Privatwirtschaft, für zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände kann daher nur in einer grundständigen Förderung dieser Einrichtungen sowie in der Motivation und Gewinnung der Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit bestehen. Ein gesteigertes bürgerschaftliches Engagement, das den sozialen Zusammenhalt und die solidarische Gesellschaft fördert, nutzt dem Staat und der Gesellschaft. Indem der Staat seine Bürgerinnen und Bürger stärkt, stärkt er letztlich sich selbst.

Dabei ist zu beachten: Bürgerschaftlich Engagierte sind Partner, keine Erfüllungsgehilfen behördlicher Abläufe. Ohne dieses Engagement wären die meisten Organisationen handlungsunfähig, ihre Leistungen nicht bezahlbar. Dies muss sich bei den politisch Verantwortlichen durchsetzen. Denn das, was mit Innovationen und Investitionen in eine leistungsstarke und zukunftsfähige Infrastruktur und ihren engagementfördernden Einrichtungen erreicht wird, kommt auch Parteien, staatlichen Institutionen, Gewerkschaften und Wirtschaft zugute: der langsame, aber stetige Abbau einer Politikverdrossenheit, die im Wesentlichen eine Parteien- und Organisationsverdrossenheit ist.

---

# Literatur

- Baldas, E./Bock, T./Gleich, J./Helmbrecht, M./Roth, R. (2001): Modellverbund Freiwilligen-Zentren. Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Ergebnisse und Reflexionen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 203. Stuttgart
- Braun, J./Bischoff, St. (Hrsg.) (1999): Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen – Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 142. Stuttgart/Berlin/Köln
- Braun, J./Abt, H. G./Bischoff, St. (Hrsg.) (2000): Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Köln, Leipzig
- Braun, J./Bischoff, St./Gensicke, Th. (2001): Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 72. Leipzig
- Braun, J./Claussen, F. (1997): Freiwilliges Engagement im Alter. Nutzer und Leistungen der Seniorenbüros. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 142. Stuttgart
- Braun, J./Klages, H. (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 1–3. Stuttgart
- Braun, J./Kettler, U./Becker, I. (1996): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 136. Stuttgart/Berlin/Köln
- Braun, J./Opielka, M. (1992): Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen. Abschlussbericht der Begleitforschung zum Modellprogramm „Informations- und Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen“ im Auftrag des BMFS, Bd. 14. Stuttgart/Berlin/Köln
- Bruner, C./Winkelhofen U./Zinser, C. (2001): Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. Berlin
- Christner, A. (2001): Der baden-württembergische Weg zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. In: Schuster, W./Dettling, W. (Hrsg.): Zukunft Stadt. Die Stunde der Bürger in Zeiten der Globalisierung. Stuttgart/Leipzig, S. 214–224
- Dettling, W. (2001): Fragen an Gesellschaft und Politik auf Grund des Freiwilligensurvey. In: Braun, J./Wahlen, G. (Hrsg.): Die Freiwilligen: Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 71. Leipzig, S. 49–53
- Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Schriftenreihe des Deutschen Bundestags, Bd. 1–4. Opladen
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2003): Politik des bürgerschaftlichen Engagements in den Bundesländern. Schriftenreihe des Deutschen Bundestags, Bd. 7. Opladen
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband (Hrsg.) (2002): Freiwilligen Agenturen, Börsen, Zentren. Schlüssel zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements. Köln
- Dienel, Peter C. (2002) „Die Planungszelle. Der Bürger als Chance“, 5. Aufl. Wiesbaden

- Dienel, Peter C. (2003) „Die Planungszelle – Demokratie funkelt wieder“, Studie für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Ebert, O./Hartnuß, B./Rahn, E./, Schaaf-Derichs, C.: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa). Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 227. Stuttgart
- Ebert, O.: Freiwilligenagenturen (2003): Profile, Erfolgskriterien, Probleme. Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In: Enquete-Kommission (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen, Bd. 8. Opladen.
- Evers, A./Olk, Th. (2002): Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 9, S. 6–14
- Evers, A./Rauch, U./Stitz, U. (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Berlin
- Gaskin, K./Smith, J. D./Paulwitz, I. (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verteilung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Herausgegeben von der Robert-Bosch-Stiftung. Freiburg i. Br.
- Gilbert, N./Gilbert, B. (1989): The Enabling State. Modern Welfare Capitalism in America. New York/Oxford
- Hummel, K. (2000): Chancen und Risiken politischer Förderung: Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement. In: Zimmer, A./Nährlich, S. (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen, S. 203–323
- Jacob, G./Janning, H. (2001): Freiwilligenagenturen als Teil einer lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement. In: Heinze, R./Olk, Th. (Hrsg.) (2001): Bürgerengagement in Deutschland. Opladen, S. 483–507
- Janning, H./Placke, G.: Freiwilligenagenturen. In: Roland Koch (Hrsg.): (2002) Die Zukunft der Bürgergesellschaft. München, S. 62–70
- Klages, H. (2001): Der Freiwilligenbereich und das Engagementpotenzial der Bürger: Anforderungen an eine neue Politik des aktivierenden Staates. In: Braun, J./Wahlen, G. (Hrsg.): Die Freiwilligen: Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 71. Leipzig, S. 18–32
- Klages, H./Gensicke, Th. (1999): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen
- Kleinn, A. (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. In: Zimmer, A. (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor, Bd. 4. Opladen
- Klie, Th./Roß, P. (2000): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 4. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1999/2000. Abschlussbericht. Herausgegeben vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart
- Klie, Th./Roß, P./Hoch, H./Heimer, F.-A./Scharte, U. (2004): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 1. Wissenschaftlicher Jahresbericht 2002/2003. Herausgegeben vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 242–275
- Klie, Th./Roß, P./Hoch, H. (2004): Neue Wege der Verbände in der Bürgergesellschaft? In: Zwischen Meier und Verein – Modernisierungspotentiale im Ehrenamt. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, Jg. 17. Stuttgart, S. 93–97
- Langfeld, G./Wezel, H./Wolf, G. (2001): Nürtinger Anerkennungskultur in der Freiwilligenarbeit. In: Langfeld, G./Wezel, H./Wolf, G.: Bürgergesellschaft konkret. Initiativen und Erfahrungen in Nürtingen. Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Gütersloh, S. 115–136
- Münkler, H. (1997): Der kompetente Bürger. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Opladen, S. 153–172

- Münkler, H. (2000): Ehre, Amt und Engagement. Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung*, Jg. 13, Heft 2, S. 22–32
- NAKOS Extra (Hrsg.) (2002): *Mit Profil im Netzwerk. Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros*. Schriftenreihe der NAKOS, Bd. 33. Berlin
- NAKOS Info (Hrsg.) (2004): *Schriftenreihe der NAKOS*, Bd. 78. Berlin
- NAKOS Paper 5 (Hrsg.) (2003): *Selbsthilfeförderung durch die Länder der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin
- Olk, Th. (2001a): *Sozialstaat und Bürgergesellschaft*. In: Heinze, R. G./Olk, Th. (Hrsg.): *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven*. Opladen, S. 29–68
- Olk, Th. (2001b): *Bürgerengagement und Aktivierender Sozialstaat – zwei Seiten einer Medaille?* In: Brosziewski, A./Eberle, Th. S./Maeder, Chr. (Hrsg.): *Moderne Zeiten. Reflexionen zur Multioptionsgesellschaft*. Konstanz, S. 83–97
- Olk, Th. (2003): *Die Bürgerorientierte Länderpolitik: Wie können die Länder Kommunen in ihren Aktivitäten fördern – Ein Überblick*. Vortrag im Rahmen der Civitas-Tagung der Bertelsmann-Stiftung. Bremen, S. 1–13
- Olk, Th. (2002): *Politische Rahmenbedingungen – Was muss sich ändern, damit bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Arbeit eine größere Bedeutung erhält?* In: Möller, K. (Hrsg.): *Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements*. Opladen, S. 249–267
- Putnam, R. D. (2000): *Bowling alone*. New York, London, Toronto, Sydney, Singapore
- Putnam, R. D. (2001): *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh
- Rosenblatt, B. (2000): *Freiwilliges Ehrenamt in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Bd. 1, Gesamtbericht. Stuttgart u.a.
- Stiftung Bürger für Bürger, Akademie für Ehrenamtlichkeit, Olk, Th. (Hrsg.) (2003): *Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen*. Berlin

---

# **Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Förderung der Bürgergesellschaft ist ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ([www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft)) will in diesem Diskurs ein Forum sein, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte. Er wird gefördert von der Erich-Brost-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft und Medien mit ihrer je spezifischen Perspektive.

Der Arbeitskreis konkretisiert seine Ziele in Analysen und Gutachten, Fachgesprächen, Workshops und öffentlichen Veranstaltungen. Vor allem aber ist er ein Netzwerk, genauer, ein Vernetzungsangebot, mit dem der Arbeitskreis selbst „Gelegenheitsstrukturen“ schaffen will.

Dr. Michael Bürsch, MdB  
Leiter des Arbeitskreises  
Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

---

# Veröffentlichungen des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung

([www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft) ⇒ Analysen ⇒ Analysen des Arbeitskreises)

**Der Aktivierende Staat – Positionen, Begriffe, Strategien.** Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Plaß, Bernhard Blanke, Bonn 2002, 44 Seiten

<http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>

**Die Planungszelle – Zur Praxis der Bürgerbeteiligung. Demokratie funkelt wieder.** Peter C. Dienel, Bonn 2002, 20 Seiten

<http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/An-Planungszelle.PDF>

**Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste.** Thomas Rauschenbach, Reinhard Liebig, Bonn 2002, 88 Seiten

<http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/0421.PDF>

**Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat.** Barbara Stiegler, Bonn 2002, 12 Seiten

<http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/AN-GENDERPERSPEKTIVE.PDF>

**Gewerkschaften und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeitswelt.** Kurzanalyse von Josef Schmid unter Mitarbeit von Stephanie Schönstein, Bonn 2002, 28 Seiten

**Bürgerkommune konkret – Vom Leitbild zur Umsetzung.** Ein Leitfaden für die kommunale Praxis erarbeitet für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung von Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Bonn 2002, 44 Seiten

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01431.pdf>

**Netzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.** Roland Roth unter Mitarbeit von Anke Benack, Bonn 2003

---

## **Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“**

- 13 / Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, von Wolfgang Hinte
- 12 / Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, von Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11 / (K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, von Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10 / Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, von Dietrich H. Hoppenstedt
- 09 / Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, von Michael Sommer
- 08 / Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, von Jochen Welt, MdB
- 07 / Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, von Michael Rogowski
- 06 / Umrisse einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, von Konrad Hummel
- 05 / Bürgergesellschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, von Wolfgang Thierse, MdB
- 04 / Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, von Alexander Thumfart
- 03 / Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, von Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02 / Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, von Achim Trube
- 01 / Leitbild Bürgergesellschaft – reformpolitische Orientierungen für Staat und Gesellschaft**, von Michael Bürsch, MdB